

„Für uns unverzichtbar: Soziale Gerechtigkeit“



**Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Herz- und Kreislaufzentrum
Rotenburg an der Fulda
23.04. und 24.04.2016**

F Frauen, Geschlechterfrage und Gleichberechtigung

- F1 Diskriminierung bekämpfen-auch bei uns! Bezirksvorstand
F2 Schluss mit dem Schwarz-Weiß-Denken-
Vielfalt der Geschlechter auch in der Mavis Bezirksvorstand

A Arbeit und Wirtschaft

- A1 Neue Herausforderungen der Arbeitswelt
solidarisch gestalten Bezirksvorstand
A2 Wahlarbeitszeitgesetz Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
A4 Lücken im Schutzbereich der Unter-
nehmensmitbestimmung schließen Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
A5 Leiharbeiternehmer*innen bei der
Berechnung von ALG II besserstellen Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

O Organisation und Partei

- O1 Der Basis eine Stimme geben Bezirksvorstand
O4 Keine Spenden von Kriegstreibern Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
O5 Jusos bunter machen Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Ini Initiativanträge

- Ini1 Neuregelung der Welt(finanz-)wirtschaft Ausreichende Anzahl von
Delegierten

ANTRAGSSPIEGEL – Überwiesene Anträge

IN Internationales

- IN1 Freie Nachrichten in Polen Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: S 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Die Soziale Frage im 21. Jahrhundert
- Forderungen für eine progressive sozialdemokratische Politik

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die Sozialdemokratie ist in der Krise. Von Wahl zu Wahl sacken die Ergebnisse weiter nach
4 unten. Zeit Fehler zu analysieren, umzudenken und das Vertrauen der Wähler*innen zurück zu
5 gewinnen.
6 1998 gelang der SPD der Wahlsieg. Unter dem Slogan „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“
7 schaffte sie es sozialdemokratische Kernthemen mit Neuem zu verbinden. Sie nahm den
8 Menschen nach 16 Jahren Kohl-Ära die Angst vor dem politischen Wechsel. Doch im Laufe der
9 folgenden Amtszeit verlor die Partei an Vertrauen in ebenjene Kernthemen.
10 War die SPD bei der Wahl 2005 immerhin fast noch gleichauf mit der CDU, lag sie 2009 fast 10
11 Prozentpunkte hinter ihr. Bei der letzten Bundestagswahl sogar fast 16 Prozentpunkte.
12 Umfragen im März sahen die SPD bei rund 20%. Sie verliert jedoch nicht nur stetig in Umfragen
13 an Prozentpunkten, sondern in den Augen vieler Menschen leider auch vor allem eines:
14 Glaubwürdigkeit.

15
16 Besonders hilfreich ist es dabei auch nicht, einen Parteivorsitzenden zu haben, der
17 eigenmächtig und unbeständig sein Fähnchen nach dem Winde auszurichten versucht.
18 Bei der Bundestagswahl 2013 trat die SPD mit einem progressiven Wahlprogramm an. Ein
19 Programm, das nicht so recht zu seinem Kanzlerkandidaten passen wollte. Auch in der großen
20 Koalition konnte die SPD beispielsweise mit der Durchsetzung des Mindestlohns wichtige
21 Verbesserungen für die Menschen in Deutschland erreichen. Was ihr jedoch fehlt, ist eine
22 Vision. Wir werden im Folgenden unsere Kernpunkte für eine neue gerechtere Agenda
23 darlegen. Eine Agenda für die Menschen, nicht für den Markt und einige wenige.

24
25 *„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue*
26 *Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und*
27 *Klassen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des*
28 *Geschlechts oder der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie*
29 *in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der*
30 *Lohnarbeiter, sondern jede Art von Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen*
31 *eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.“*

32 Auszug aus dem Erfurter Programm (1891)

33

34 **Wir stehen für soziale Sicherheit und gute Arbeitsbedingungen**

35 Die Sozialdemokratie war immer die Partei der Arbeit. Wir sind der festen Überzeugung, dass
36 wir unsere Gesellschaft und unser Leben nur durch Veränderungen der Wirtschafts- und
37 Arbeitswelt zu einem besseren ändern können. Entsolidarisierung, Neoliberalisierung und

38 Ausbeutung können wir nur durch eine solidarische und fortschrittliche Politik der Arbeit
39 bekämpfen.

40

41 **Mindestlohnenerfolg für alle**

42 Die Einführung des Mindestlohns war ein großer politischer Erfolg für die Sozialdemokratie.
43 Hunderttausende Menschen müssen nun das durch ihre Arbeit erhaltene Gehalt nicht mehr
44 durch den Staat aufstocken lassen. Damit haben wir den Menschen ein Stück Anerkennung und
45 Würde zurückgegeben. Leider konnte nicht in allen Bereichen der Mindestlohn durchgesetzt
46 werden. Menschen unter 18, Langzeitarbeitslose und PflichtpraktikantInnen können weiterhin
47 einen Lohn von weniger als 8,50€ erhalten. Wir dürfen diese Ausgrenzung nicht weiter
48 hinnehmen. Wer arbeitet, der muss auch würdig bezahlt werden. Diese Grenze bildet der
49 Mindestlohn. Eine niedrigere Bezahlung ist entwürdigend für die Menschen. Daher wollen wir
50 uns für einen Mindestlohn für alle einsetzen.

51

52 **Hartz IV durch „Chance I“ ersetzen**

53 Die Arbeitsmarktreform, unter der rot-grünen Bundesregierung 1998-2002 entstanden, zu einer
54 Zeit, in der der Sozialstaat nach 16 Jahren Stillstand drohte zu kollabieren. Die Reformen waren
55 grundsätzlich notwendig. Das Prinzip des Forderns und Strafens hat die soziale Spaltung
56 unserer Gesellschaft jedoch weiter verschärft. Die Sozialdemokratie muss weiter an ihrer Idee
57 des Sozialstaats arbeiten und dabei offen mit Fehlern umgehen, die damals begangen wurden.
58 Unser Ziel muss es sein, dass es keine Strafe ist, arbeitslos zu werden, sondern dass wir als
59 Gesellschaft darin eine Chance sehen und den Menschen auch Chancen geben. Wir wollen
60 eine Arbeitsmarktreform „Chance I“. Darin wollen wir unter anderem folgendes erreichen:

61 • Einführung einer Arbeitsversicherung, die einen Weiterbildungsfond beinhaltet.
62 Phasen der Arbeitslosigkeit sollen zur individuellen Weiterbildung genutzt
63 werden.

64 • Arbeitslosigkeit bedeutet nicht das schnelle Abrutschen in Armut. Wer lange
65 gearbeitet hat, soll länger eine Chance auf ALG I haben

66 • Strafen entmündigen: Wir wollen die Strafen durch die Arbeitsagentur deutlich
67 reduzieren. Das sperren der gesamten Bezüge ist unwürdig und gehört endlich
68 abgeschafft.

69 • Einführen von Lebensarbeitszeitkonten: Durch Lebensarbeitszeitkonten, können
70 Ausfälle durch Pflege, Erziehung oder Vorruhestand ausgeglichen werden. Die
71 ausgefallenen Arbeitsstunden können durch Vor- oder Nacharbeit erarbeitet
72 werden. Somit läuft auch während des Arbeitsausfalls die Vergütung durch
73 den/die ArbeitgeberIn weiter.

74

75 **Prekäre Arbeit schafft soziale Unsicherheit**

76 Über 20% der Beschäftigungsverhältnisse sind atypisch, das bedeutet sie sind befristet, in
77 Teilzeit oder nicht sozialversichert. Der Wert hat sich in den letzten 25 Jahren fast verdoppelt. 8
78 Million Beschäftigungsverhältnisse können damit als prekär bezeichnet werden. Hinzu kommen
79 noch Scheinselbstständigkeiten durch Werkverträge. Diese Ausbeutung müssen wir
80 bekämpfen. Wir wollen das Instrument der Minijobs abschaffen. Jedes Arbeitsverhältnis muss
81 sozialversicherungspflichtig sein. Minijobs bilden aktuell eine günstige Alternative zu
82 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen im Niedriglohnsektor. Wir wollen
83 zudem die unbegründete Befristung abschaffen. Gerade zum Einstieg des Berufslebens können
84 viele junge Menschen und Familien nicht für die nächsten Jahre planen, da ihr
85 Beschäftigungsverhältnis nicht auf Dauer geklärt ist. Auch die Ausbeutung durch Leiharbeit und
86 Werkverträge muss ein Ende finden. LeiharbeiterInnen müssen zukünftig nach dem Tarifvertrag
87 des Unternehmens bezahlt werden, in dem er/sie eingesetzt ist. Durch verstärkte Kontrollen
88 durch den Zoll muss Scheinselbstständigkeit stärker unterbunden werden. Arbeitskräfte
89 übernehmen durch einen Werkvertrag das komplette Unternehmerische Risiko und bekommen
90 dafür keinerlei Leistungen der Sozialversicherung. Diese Ausbeutung müssen wir endlich
91 unterbinden.

92

93

94 **Ausbildung attraktiver gestalten**

95 Die Zahl der Ausbildungsverträge sinkt seit Jahren. Dabei stellen die gut ausgebildeten
96 Facharbeiter*innen das Fundament der leistungsstarken Wirtschaft in unserem Land. Doch eine
97 Ausbildung wird immer unattraktiver. Lange Arbeitszeiten, wenig Geld und geringe Aussichten
98 auf einen Aufstieg zeigen Handlungsbedarf. Wir wollen daher:

- 99 • eine Mindestausbildungsvergütung von mindestens 500€ Netto im Monat
- 100 • maximale Wochenarbeitszeit (inkl. Schulzeit) von 35 Stunden
- 101 • grundsätzliches Verbot von Nachtarbeit für Unter-18-Jährige
- 102 • mindestens 26 Tage Urlaub im Jahr
- 103 • die Einführung einer Ausbildungsplatzgarantie sowie einer
- 104 Ausbildungsplatzumlage
- 105 • die Gleichstellung einer Ausbildung mit dem Abitur im Deutschen und
- 106 Europäischen Qualifikationsrahmen (DQR und EQR)
- 107 • Anrechnung der Ausbildungszeit auf die Beschäftigungszeit

108 **Sichere Rente und würdigen Ruhestand ermöglichen**

109 Durch den zunehmenden Niedriglohnsektor und das Absenken des Rentenniveaus werden die
110 zukünftigen Renten deutlich geringer ausfallen, als das heutige Niveau. Auch die Forderung
111 nach zusätzlicher privater Vorsorge läuft seit dem dauerhaft niedrigen Zinsniveau ins Leere und
112 hat sich auch zuvor nur für große Versicherungsunternehmen, jedoch nur in sehr seltenen
113 Fällen für Bürger*innen gelohnt. Eine gute Versorgung der älteren Menschen können wir nur
114 durch Solidarität und gute Arbeitsplätze erreichen. Wir wollen die Rente weiter auf einem
115 beitragsbasierten Solidarmodell belassen. In dem wir atypische und schlechte Beschäftigung
116 deutlich verringern, erhöhen sich die Einzahlungen in das Sozialsystem. Zudem wollen wir auch
117 die Rente auf das System der Bürger*innenversicherung umstellen. Damit wollen wir erreichen,
118 dass auch Selbstständige und Beamte*innen in die Solidarversicherung einzahlen. Die durch die
119 Pensionen belasteten Haushalte der Kommunen, Länder und des Bundes könnten den
120 freiwerdenden Betrag mit in die Sozialversicherung zahlen. Das Ziel muss es sein, dass jede*r
121 Rentner*in einen Rentensatz von mindestens 50% erhält, denn Altersarmut ist für eine so reiche
122 Gesellschaft wie Deutschland eine Schande. Um einen Rentensatz von mindestens 50 % zu
123 erreichen, darf auch der Einsatz von mehr Steuermitteln zur Finanzierung der Rente kein Tabu
124 sein.

125 In dem wir die Arbeitswelt, die Ausbildung, die Zeit der Arbeitslosigkeit sowie die Rente so
126 gestalten, dass die Menschen nicht abgehängt werden und gut leben können, geben wir der
127 Gesellschaft Sicherheit. Mit dieser Sicherheit können wir die Gesellschaft weiterentwickeln,
128 Rassismus und Diskriminierung abbauen sowie ein Gefühl der Solidarität und der Gemeinschaft
129 aufbauen. Darum muss die Sozialdemokratie in ihrem Kernbereich Arbeit den Mut aufbringen
130 und Reformen voranbringen.

131 **Wir stehen für Verteilungsgerechtigkeit!**

132 Die personelle Einkommensverteilung ist in Deutschland wie auch in anderen Ländern in den
133 letzten Jahren erheblich ungleicher geworden. Dabei gehören 'Arbeit' und
134 'Einkommensverteilung' zu den politischen Themen, die die Bevölkerung weiterhin am meisten
135 beschäftigen. Maßstab sozialdemokratischer Verteilungspolitik darf nicht länger ein neoliberales
136 Dogma sein, welches propagiert, dass eine zu große Gleichheit in der Einkommensverteilung
137 der Effizienz eines marktwirtschaftlichen Systems abträglich sei. Das Resultat dieses Denkens
138 in der Lehre der Ökonomie ist eine relativ ungleiche Abgabenlast zwischen Arbeit und Kapital.
139 Dies führte zu einer Entwicklung, in der der Faktor der Arbeit steuerlich immer mehr belastet
140 wurde, während sich Kapital - u. Gewinneinkommen einer immer niedrigeren Besteuerung
141 erfreuten. Dies wird u.a. an den Ungerechtigkeiten durch Instrumente wie der Abgeltungssteuer
142 oder etwa am Beispiel der Ausnahmen und individuellen Freibeträge im Bereich der
143 Besteuerung von vererbtem Vermögen deutlich. Das Argument der neoliberalen Seite, Kapital
144 sei im 21. Jahrhundert so mobil wie nie, weswegen jegliche Form seiner weiteren Besteuerung
145 zu einer potentiellen apokalyptischen Kapitalflucht führen würde, halten wir vor diesem
146 Hintergrund für konstruiert!

149 Wir wollen, dass Menschen mit niedrigen Einkommen nicht schlechter gestellt werden dürfen
150 als Menschen mit einem hohen Einkommen und damit einhergehendem Kapital.

151 Wir fordern deshalb:

- 152 • Abschaffung der Abgeltungssteuer
- 153 • Kapitalversteuerung (bei privatem Kapital) mit dem normalen persönlichen
154 Steuersatz
- 155 • Erhöhung der Körperschaftssteuer auf 25%
- 156 • Erhöhung der Erbschaftssteuer und die Abschaffung der Bevorzugung von
157 Firmenerben
- 158 • Abschaffung des Kinderfreibetrages nach § 32 (6) EStG. Jedes Kind bedarf der
159 selben Freistellung des Existenzminimums. Es darf nicht sein, dass die Existenz
160 von Kindern von Eltern mit hohem Einkommen höher bewertet wird als die
161 Existenz von Kindern von gering verdienenden Eltern

162
163 **Erhöhung des Spitzensteuersatzes**
164 In Deutschland sind nicht nur Einkommen und Vermögen sehr ungleich verteilt, auch die
165 Steuerlast wird vor allem auf den Schultern der mittleren Einkommensschicht getragen. Dass
166 starke Schultern mehr Last übernehmen müssen als schwache, darf nicht weiter eine hohle
167 Phrase bleiben. Wir fordern daher die Erhöhung des Spitzensteuersatzes ab einem Einkommen
168 von 120.000 Euro im Jahr auf 53%.

169
170 **Vermögen wieder stärker besteuern**
171 Die Erhebung einer Vermögenssteuer ist in Art. 106 des GG der Bundesrepublik Deutschland
172 ausdrücklich vorgesehen. Das Bundesverfassungsgericht erklärte in seinem Richterspruch im
173 Jahr 1995 die damals erhobene Vermögenssteuer für verfassungswidrig, weil Grund- und
174 Immobilienvermögen gegenüber anderen Vermögensarten ungerechtfertigt günstiger behandelt
175 wurden. Die Bundesregierung ließ die Vermögenssteuer daraufhin 1996 auslaufen, anstatt eine
176 verfassungsgemäße Reform der Steuer in die Wege zu leiten.
177 Wir fordern deshalb endlich das Vermögenssteuergesetz zu reformieren und wieder in Kraft zu
178 setzen!

179
180 **Das Dogma der Schwarzen Null brechen**
181 Die Wirtschaftskrise und die Rettungs- und Konjunkturpakete der jüngeren Vergangenheit
182 haben die Verschuldung der öffentlichen Haushalte auf immer wieder neue Rekordhöhen
183 getrieben. Deshalb fordern wir eine Abkehr vom finanzpolitischen Dogma eines
184 Bundeshaushalts ohne Neuverschuldung, damit durch somit freiwerdende finanzielle Potentiale
185 den Gemeinden, Städten und Landkreisen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden
186 können. Städte und Kommunen müssen vor Ort immer mehr Aufgaben übernehmen und sind
187 die entscheidende politische Ebene zur Gewährleistung von lebenswertem und gleichwertigem
188 Dasein. Eine ausreichende Finanzierung durch Bund und Land blieb dabei bisher aus, dieses
189 ist in Angesicht der aktuellen Herausforderungen jedoch umso nötiger.

190
191 **Einführung einer Transaktionssteuer**
192 Ein weiteres steuerpolitisches Mittel zur Schaffung von mehr Gerechtigkeit ist eine
193 'Finanztransaktionssteuer', welche zu den so genannten 'Kapitalverkehrssteuern' zählt. Ganz
194 grundlegend ist die Finanztransaktionssteuer in ihrer Qualität wie eine Umsatzsteuer auf
195 börsliche und außerbörsliche Finanztransaktionen zu verstehen. Die Umsetzbarkeit einer
196 solchen Steuer wird von Ländern wie Belgien, Zypern, Irland, Finnland, Griechenland sowie
197 Frankreich unter Beweis gestellt, in denen eine Finanztransaktionssteuer bereits existiert. Auch
198 die EU-Kommission erachtete eine Finanztransaktionssteuer als zumutbare Belastung, da ein
199 entsprechender Gesetzesentwurf bereits durch den seinerzeit amtierenden EU-
200 Kommissionschef José Manuel Barroso vorgelegt wurde. Das Gesetz scheiterte am Widerstand
201 von mehreren Mitgliedsländern, deren Wirtschaft stark vom Finanzsektor abhängig ist -
202 beispielsweise Großbritannien.

203 Wir sind der Ansicht, dass eine Finanztransaktionssteuer eine ausgleichende und regulierende
204 Wirkung auf die Finanzmärkte besäße, da Menschen, die sich in der finanziellen Situierung
205 befinden, überhaupt spekulieren zu können, sowie Banken im Bereich des Eigenhandels
206 dadurch in eine nötige gesamtgesellschaftliche Solidarität im Bereich der Steuerpolitik genötigt
207 wären! Spekulationsgeschäfte ("High Trade Frequencies") würde damit weiterhin ein wirksamer
208 Riegel vorgeschoben, da diese Geschäfte meist auf minimalen Gewinnspannen, bei maximalen
209 Einsätzen basieren. Das allgemeine Steueraufkommen innerhalb der Bundesrepublik wäre
210 damit vergrößert, was sich positiv auf die Staatsfinanzen auswirkt.
211 Wir fordern deshalb die Einführung einer Transaktionssteuer auf nationaler Ebene!

212 213 **Wir stehen für die gesellschaftliche Teilhabe aller!**

214 215 **Keine Liebe ist mehr wert**

216 Als sozialdemokratische Bewegung setzen wir uns seit jeher gegen Ungleichbehandlung und
217 Diskriminierung ein. Im 21. Jahrhundert ist es völlig unverständlich, dass gleichgeschlechtliche
218 Paare weiterhin von staatlicher Seite benachteiligt werden und kirchliche Idealbilder unsere
219 Familienpolitik prägen.

220 Wir fordern deshalb:

- 221 • Ehe und Verpartnerung für alle und unter gleichen Konditionen
- 222 • Schluss mit der Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren im Adoptionsrecht
- 223 • Abschaffung des Ehegattensplittings für neue geschlossene Ehen und stattdessen eine
224 stärkere Unterstützung von Menschen mit Kindern

225 226 **Wohnraum für alle und überall**

227 Der soziale Wohnungsbau wurde seit Jahrzehnten vernachlässigt. Vor allem in den größeren
228 Städten findet eine Verdrängung von finanziell schlechter gestellten Menschen statt. Besonders
229 in Universitätsstädten spitzt sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt von Jahr zu Jahr zu.
230 Während die Universitäten zum Großteil jedes Jahr neue Studierendenhöchstzahlen melden,
231 wurde es auf dem Wohnungsmarkt versäumt Platz zu schaffen.

232 Wir fordern deshalb ein Umdenken. Wohnen in der Stadt darf nicht zum Privileg von finanziell
233 besser gestellten werden.

234 Es braucht hier jedoch mehr als eine Mietpreisbremse. Wir fordern eine bundesweite
235 Orientierung in der Wohnraumpolitik an Städten wie München und Hamburg, die eine
236 sogenannte 1/3-Regelung eingeführt haben. Diese stellt eine soziale Durchmischung von
237 Stadtteilen und die Schaffung von günstigem und mittelpreisigem Wohnraum sicher.

238 Während Wohnraum in den Städten immer teurer wird, kämpfen viele Orte im ländlichen Raum
239 mit einer Landflucht. Als Sozialdemokratie, die vielerorts eine besondere kommunale Bindung
240 hat, dürfen wir ein Sterben unserer kleineren Städte und Dörfer nicht zulassen. Das Leben auf
241 dem Land muss attraktiv bleiben. Hierzu muss vielerorts wieder stärker in die Infrastruktur
242 investiert werden und entsprechendes Geld von höheren Ebenen zur Verfügung gestellt
243 werden.

244 Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land!

245 246 **Gentechnikfrei nicht nur für Reiche**

247 Die Fragen des Umweltschutzes und der Lebensmittelproduktion sind seit langem keine Fragen
248 des Lifestyles oder der Weltanschauung mehr, sondern geraten immer mehr zu einer sozialen
249 Frage. Wenn sozialdemokratische Politik versäumt klare Regeln für den Erhalt von unberührten
250 Naturräumen und würdevoller und natürlicher Lebensmittelproduktion zu setzen, können sich
251 nur noch finanziell reiche Menschen den Zugang zu Natur und natürlichen Produkten leisten.
252 Insbesondere im Bereich der Ernährung ist die Entwicklung hin zur billigst produzierten und
253 gentechnikveränderten Monokultur bereits weit fortgeschritten. Hier kämpfen wir für klare
254 Regeln und echte Wahlfreiheit.

255 256 **Bildung ist kein Privileg**

257 In Deutschland entscheidet über die Zukunft eines Kindes noch immer vor allem wo es
258 herkommt. Kinder aus Akademiker*innenfamilien studieren statistisch wesentlich häufiger als

259 Kinder aus Arbeiter*innenfamilien und haben mehr berufliche Auswahlmöglichkeiten. Unser
260 Schulsystem ist vor allem darauf spezialisiert Menschen möglichst effizient auszubilden,
261 individuelle Förderung dagegen liegt ihm wenig. Dabei ist Bildung ein elementarer Schlüssel,
262 um als mündige*r Bürger*in in der Gesellschaft mitzuwirken und sich selbst zu verwirklichen. Ob
263 Toleranz oder Kopfrechnen: früh übt sich, wer ein Meister werden will!

264 Wir fordern deshalb:

- 265 • Kostenlose staatliche Bildungsangebote von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule
- 266 • Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems

267

268

269 **Zugang zu Kultur ermöglichen**

270 Für gesellschaftliche Austauschprozesse ist ein gleichwertiger Zugang zu Kultur in all ihren
271 Formen von zentraler Bedeutung. Nicht nur ist der Zugang zu Unterhaltungsmedien, Kino,
272 Theater, Musik und Malerei eine Frage der Lebensqualität. Nein, er ist sogar entscheidend für
273 die Aufstiegschancen von Menschen aus Arbeiter*innenmilieus: der sozialisierte Habitus wirkt
274 viel zu häufig als Ausschlusskriterium für gesellschaftliche Gruppen. Wir müssen deshalb dafür
275 sorgen, dass Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft eine Vielfalt an kulturellen
276 Vorstellungen kennenlernen und gleichwohl eigene gewachsene Traditionen hinterfragen und,
277 wenn gewünscht, pflegen können.

278

279 **Vielfalt anerkennen und Menschen fördern**

280 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Doch in den letzten Jahren hat es oft versagt, wenn es
281 darum ging Menschen in seiner Mitte aufzunehmen und ihnen ein Gefühl des
282 Angekommenseins zu vermitteln.

283 Im letzten Jahr haben über eine Millionen Menschen in Deutschland vor Verfolgung Schutz
284 gesucht. Sie kamen in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Auf ein Leben in Sicherheit.

285 Deutschland muss sich dieser Verantwortung stellen und diesen Menschen nicht nur eine
286 Unterkunft bieten, sondern eine Zukunft.

287 Wir müssen uns die Frage stellen: Wie schaffen wir es, dass die hier Zuflucht suchenden
288 Menschen den Weg in eine geregelte Beschäftigung finden? Wir müssen Möglichkeiten
289 schaffen, die die Eingliederung in den Arbeitsmarkt erleichtern und den Menschen Perspektiven
290 aufzeigen, um ihnen hier ein neues Leben zu ermöglichen. Im Zuge dessen ist es wichtig, die
291 aktuellen Anerkennungskriterien für ausländische Abschlüsse zu überprüfen. Außerdem sollen
292 Möglichkeiten geschaffen werden, sich leicht neue Kenntnisse in Form von Weiterbildungen
293 anzueignen, die hier in Deutschland für bestimmte Positionen notwendig sind, um Fachkräfte
294 besser eingliedern zu können.

295 Wir sehen es als unverzichtbar an, dass Menschen sich frei entfalten können und frei
296 entscheiden können wie sie mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln verfahren. Aus
297 diesem Grund verurteilen wir, dass Asylsuchende Gutscheine statt Bargeld erhalten. Dies
298 schränkt die Autonomie der Betroffenen ein und ist eine unwürdige und entmündigende Praxis.

299

300 **Wir stehen für ein solidarisches Europa**

301 Die Entwicklungen der letzten Jahre und Monate hat gezeigt, dass wir uns als Gesellschaft
302 darüber Gedanken machen müssen:

303 Was Europa überhaupt sein soll? Soll es ein reiner Wirtschaftsverbund sein, der den Zweck hat
304 nur die wirtschaftlichen Gewinne der in diesem Verbund agierenden Konzerne zu vergrößern?

305 Soll Europa der Sündenbock für verfehlte nationale Politik sein? Soll es ein politisches Europa
306 geben, das zusammen in der Welt mit einer Stimme spricht? Soll Europa sich in der Welt

307 engagieren und wenn ja und welchen Maßgaben? Sicher Stellung von Absatzmärkten und
308 Ressourcen oder tatsächlich so etwas wie das Eintreten für Menschenrechte und Humanität?

309 Oder soll Europa mehr sein als das? Ein solidarisches? Eines für seine Bürgerinnen und Bürger
310 oder sogar über diese hinaus?

311 Eines der größten Probleme ist, dass diese Frage nach Europa je nach Fragestellung derzeit zu
312 unterschiedlich beantwortet wird.

313 In vielen Sonntagsreden wird das Gemeinsame in Europa beschworen, darauf verwiesen das
314 Europa eine Friedensprojekt ist, wie solidarisch man doch in guter Nachbarschaft zusammen

315 lebt und wie schön doch offene Grenzen sind. Treten dann jedoch Konflikte auf, so werden
316 schnell die Bruchkanten klar. Einerseits ist das "böse Europa" schuld, wenn Richtlinien in
317 Ländern umgesetzt werden, die die Staaten selbst vorangetrieben haben. Zum anderen steht es
318 dann auch sehr schnell um die Solidarität sehr schlecht. Und das mit dem Friedensprojekt
319 scheint auf nur nach innen zu gelten.
320 Eine jungsozialistische Antwort darauf muss der deutlich vernehmbare Ruf nach einem
321 solidarischen Europa der Menschen sein.

322 323 **Die Europäische Union demokratisieren**

324 Nur ein politisch starkes, funktionierendes, demokratisches Europa kann auch ein gutes Europa
325 sein. Wir brauchen ein Europa was solidarisch untereinander ist und in dem Beschlüsse
326 transparent im Parlament ausgehandelt werden. Neben der gemeinsamen Währungspolitik
327 muss es auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik geben. Wir werden mehr nachhaltige
328 Entwicklung nicht mit weniger Geld realisieren können. Deswegen brauchen wir einen
329 Europäischen Plan um ungleiche Lebensbedingungen auszugleichen und allen Menschen in
330 Europa ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wir müssen gemeinsame europäische
331 Lösungen finden, die über nationalstaatliche Interessen hinausgehen und das Wohl der
332 Menschen in und außerhalb Europas im Blick haben.

333 334 **Humanität beweisen**

335 Wir müssen unsere europäischen Werte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auch nach
336 außen transportieren.
337 Vor diesem Hintergrund ist die Art und Weise wie derzeit mit Flüchtenden verfahren wird zu
338 tiefst unwürdig. Es kann nicht sein, dass an den europäischen Außengrenzen täglich Menschen
339 sterben oder in menschenunwürdigen Umständen hausen müssen.
340 Auch eine Verschiebung des Elends in die Türkei hinein, ist nur eine "Aus dem Auge, aus dem
341 Sinn"-Taktik, die gerade vor dem Hintergrund der derzeit stattfindenden Menschen- und
342 Bürgerrechtsverletzungen in der Türkei, eine Karikatur europäischer Werte darstellt.

343 344 345 **Sichere Fluchtwege schaffen**

346 Wir müssen als Europa Wege finden wie Menschen, ohne sich kriminellen Schleppern
347 anvertrauen zu müssen, legal und sicher in Deutschland und Europa Asyl beantragen können.
348 Hierzu könnte man dazu übergehen, dass auch in europäischen Botschaften Asyl beantragt
349 werden kann. Dies hätte unter anderem den Vorteil, dass man die bereits durch Krieg
350 traumatisierten Menschen nicht noch zusätzlich einer gefährlichen, traumatisierenden Flucht
351 aussetzt.
352 Denn letztlich gilt: "Man erkennt man den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit dem
353 schwächsten ihrer Glieder verfährt."

354
355 In diesem Sinne fordern wir:

- 356 • Einen Plan für europäische Investitionen
- 357 • Eine Stärkung des Europäischen Parlaments gegenüber dem Rat
- 358 • Die Möglichkeit, Asyl in Botschaften zu beantragen, um dann über sichere Routen nach
359 Europa zu kommen.
- 360 • Einen Menschenwürdigen Umgang mit Flüchtenden, sowohl innerhalb als auch
361 außerhalb und insbesondere an den Grenzen der Europäischen Union.
- 362 • Die Ablehnung der Dublin-Regelungen

363 364 **Dafür stehen wir ein**

365 Die Sozialdemokratie steht wie keine andere Partei seit über anderthalb Jahrhunderten für
366 Politik, die sich am Wohle aller Menschen orientiert. Unsere Grundwerte Freiheit, Gleichheit und
367 Solidarität müssen sich auch in unserer politischen Arbeit widerspiegeln.
368 Wir brauchen jedoch nicht nur gute Wahlprogramme – das hat 2013 gezeigt – sondern auch
369 authentische Vertreter*innen!

370 Um das verlorengegangene Vertrauen vieler Menschen in die Sozialdemokratie
371 zurückzugewinnen, bedarf es mehr als schöner gedruckter Worte. Wir müssen den Menschen
372 ihre politische Heimat zurückgeben und wieder das werden, was wir mit Stolz waren:

373

374 **Die Partei der sozialen Gerechtigkeit!**

375

376

377

378 **Begründung:**

379 Erfolgt mündlich!

380

381

382

383 angenommen

384 abgelehnt

385 überwiesen an

386

387

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: I 1

Antragsteller: Unterbezirk Fulda

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, Juso-Landeskonferenz; SPD-Landtagsfraktion,

Betr.: Aktives und passives Wahlrecht am Zweitwohnsitz ermöglichen!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die SPD setzt sich dafür ein, das Kommunalwahlrecht dahingehend anzupassen, dass alle
4 Bürger*innen mit zwei gemeldeten Wohnsitzen sich entscheiden dürfen, ob sie ihr aktives und
5 passives Wahlrecht an ihrem Erst- oder an ihrem Zweitwohnsitz ausüben möchten.
6

7 **Begründung:**

8 Das Kommunalwahlrecht ist noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen, in dem von
9 Arbeitnehmer*innen, schon beginnend mit Ausbildung bzw. Studium, eine hohe räumliche
10 Flexibilität verlangt wird. Angesichts damit verbundener regelmäßiger Umzüge betrachten
11 gerade junge Menschen häufig nach wie vor die Gemeinde, in der sie aufwuchsen, oder eine
12 andere Zwischenstation als „Heimat“ und bleiben dieser durch regelmäßigen Aufenthalt
13 verbunden – privat und ggf. auch politisch. Wenn sie allerdings ihren Erstwohnsitz rechtmäßig
14 in der Gemeinde anmelden, in der sie aus beruflichen Gründen unter der Woche hauptsächlich
15 leben, wird ihr aktives und passives Wahlrecht zwingend auf eben diese Gemeinde übertragen.
16 In ihrer Heimatgemeinde können sie folgerichtig kein kommunalpolitisches Mandat mehr
17 ausüben.

18 Viele junge Menschen möchten allerdings genau dies tun und sich politisch in ihrer Heimat
19 engagieren. Hier sind sie politisch sozialisiert, kennen die Bürger*innen und Problemlagen und
20 haben sich nicht zuletzt das für eine erfolgreiche Kandidatur nötige politische Netzwerk
21 aufgebaut. In Zeiten der Politikverdrossenheit und überalterten Parlamente ist es geradezu ein
22 Unding, dass junge Menschen, die kommunalpolitische Verantwortung in ihrer Heimatgemeinde
23 übernehmen möchten, de facto dazu gezwungen sind, bei den Behörden unwahre Angaben
24 über ihren Hauptaufenthaltort zu machen oder sich unter Umständen gar nicht anzumelden,
25 um nicht den „Verlust“ des gemeldeten Erstwohnsitzes zu riskieren – denn genau dies ist die
26 Realität. Hier ist dringend eine Anpassung vonnöten, wollen wir junge Menschen nicht weiter
27 von den politischen Entscheidungen „vor Ort“ abkoppeln: Es muss eine
28 Entscheidungsmöglichkeit geben, ob Bürger*innen ihr Wahlrecht am (tatsächlich häufiger
29 wechselnden) Erstwohnsitz oder am (dann konstanteren) Zweitwohnsitz ausüben möchten. Ein
30 Missbrauch sollte durch entsprechende Änderungsfristen problemlos auszuschließen sein.

- 31
32
33 angenommen
34 abgelehnt
35 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: I 2

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Keine Werbung für ausbeuterische Sexarbeit!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, ein Gesetz auszuarbeiten und
4 einzubringen, durch das Werbung für Sexarbeit verboten wird, wenn diese
5 menschenverachtend ist und Menschen als Ware darstellt.

6

7

8 **Begründung:**

9

10 Mancherorts sind Plakate für „Freudenhäuser“ zu lesen, auf denen „mehr als 100 Girls“ zu lesen
11 ist. Dies setzt Frauen mit Ware gleich, die stets vorrätig scheinen und sich der Kunde „etwas“
12 aussuchen kann. Dies ist frauen- und menschenverachtend, vor allem vor dem Hintergrund, wie
13 auch viele dieser Menschen zu dieser Arbeit genötigt werden.

14

15

16

17

18 **Begründung:**

19

20

21

22 angenommen

23 abgelehnt

24 überwiesen an

25

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: I 3

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Lebensmittelverschwendung eindämmen!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Dem Handel ist nach französischem bzw. italienischem Vorbild zu verbieten, Lebensmittel, die
4 nicht mehr verkauft werden sollen / können, wegzuerwerfen.

5
6 Die SPD-Fraktionen im Bundes- und Landtag werden außerdem aufgefordert, Konzepte zu
7 erarbeiten, die Lebensmittelverschwendung in privaten Haushalten einzudämmen.

8
9
10
11 **Begründung:**

12 In Deutschland werden jährlich etwa. 550.000 Tonnen Lebensmittel durch Supermärkte und
13 ähnliche Geschäfte weggeworfen. In Anbetracht der globalen Lebensmittelknappheit ist eine
14 derartige Verschwendung nicht weiter hinnehmbar.

15
16 In Frankreich und Italien gibt es bereits Gesetze, die vorschreiben, dass unverkaufte
17 Lebensmittel aus dem Handel nicht mehr weggeworfen werden dürfen. Schon heute spenden
18 viele Supermärkte überlagerte, aber noch genießbare oder nicht mehr verkaufbare Lebensmittel
19 an Tafeln oder ähnliche Einrichtungen. Eine Verpflichtung dazu würde also lediglich „die
20 schwarzen Schafe“ treffen.

21
22 Ist das Weitergeben an Tafeln nicht möglich (z.B. weil Lebensmittel bereits verdorben sind),
23 sind diese nicht im Restmüll zu entsorgen, sondern entweder direkt oder über Dritte zu
24 kompostieren oder über Dritte zu Tierfutter zu verarbeiten (z.B. ReFood).

25
26 Wir begrüßen außerdem außerordentlich, die sogenannten „Krabbeltische“ mit verpackten
27 Lebensmitteln bei denen das MHD überschritten wurde oder kurz bevor steht oder
28 überschüssigen Lebensmitteln, über die die Waren in den Supermärkten zu sehr geringen
29 Preisen verkauft werden. Viele Verbraucher*innen nutzen diese Angebote bereits heute.

30
31 Uns ist bewusst, dass ein noch größerer Teil der Lebensmittelverschwendung von den privaten
32 Haushalten verursacht wird. Auch hier begrüßen wir Aufklärungsmaßnahmen. Unter anderem
33 hilfreich, um die Lebensmittelverschwendung einzudämmen, sind z.B. kleinere
34 Verpackungsgrößen.

- 35
36
37 angenommen
38 abgelehnt
39 überwiesen an

40

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

Antrag: I 4

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Totalüberwachung verhindern - Gegen das Bargeld-Verbot

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Eine anlasslose Überwachung elektronischer Transaktionen lehnen wir ab. Bis zur
4 Durchsetzung einer europäischen Lösung, ist eine Einschränkung des Gebrauchs von Bargeld
5 abzulehnen.
6

7 **Begründung:**

8 Im Jahr 2015 hat erst die deutsche Bank und später mehrere bundespolitische Schwergewichte
9 ein Bargeld-Verbot für Zahlungen in einer festzulegenden Höhe in die Diskussion gebracht.
10 Ziel, so die offizielle Begründung, sei die Bekämpfung von Geldwäsche. Tatsächlich aber geht
11 es ganz einfach um Profitinteresse: Durch die Vermeidung von Kosten durch das Aus- und
12 Einzahlen sowie Transport und Lagerung von Bargeld sollen Gewinne gesteigert werden.
13 Solange unser gesamtes digitales Leben von Totalüberwachung aufgezeichnet, analysiert und
14 entgegen jeglicher rechtsstaatlicher Standards verwendet wird, bringt jede unfreiwillige
15 Verlagerung von Geldverkehren in die digitale Welt weitere Gefahren mit sich. Dagegen setzen
16 wir uns zu Wehr.
17

18 Weitere Gefahren eines Bargeld-Verbots sehen wir:

- 19 • Im Wegfall von (Kassierer*innen)-Jobs durch bargeldlose Kassen, wie wir sie
20 beispielsweise bei IKEA haben
21 • Im Wegfall von Trinkgeldern in der bisherigen Form, zum Beispiel in der Gastronomie
22 oder der Altenpflege
23 • Durch eine Gebührenpflicht des Online-Bankings würden sämtliche Geld-Transaktionen
24 mit Gebühren belegt
25
26

- 27 angenommen
28 abgelehnt
29 überwiesen an
30

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda

Antrag: I 5

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Rechtsanspruch auf E-Mail-Verschlüsselung staatlicher Institutionen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Ein Rechtsanspruch auf verschlüsselte E-Mail-Kommunikation mit offenen Standards mit
4 Behörden und Institutionen mit staatlicher Beteiligung ist einzuführen.

5

6 **Begründung:**

7

8 Lizenzfreie und leichtverständliche Software zur Verschlüsselung von E-Mails ist lange
9 vorhanden. Es fehlt alleine an der Verbreitung. Das hat Gründe. Die liegen allerdings weniger in
10 der Komplexität des Vorhabens oder im mangelnden Interesse der Nutzer*innen. Vielmehr
11 verhindern Konzerninteressen, beispielsweise vom Outlook-Hersteller Microsoft oder dem E-
12 Brief-Anbieter Deutsche Post, eine weitläufigere Verbreitung auch über quasi-Monopol-
13 Software. Das Werben für verschlüsselte Kommunikation muss auf allen Ebenen weitergeführt
14 werden. Ein vielversprechender Weg ist die Nutzung verschlüsselter E-Mail-Kommunikation
15 durch Behörden und Institutionen mit staatlicher Beteiligung. Damit diese Entwicklung nicht
16 noch weitere zehn Jahre auf sich warten lässt, fordern wir einen sofortigen Rechtsanspruch.
17 Dieser würde es Bürger*innen erlauben, auf verschlüsselte Kommunikation verbindlich zu
18 bestehen.

19

20 angenommen

21 abgelehnt

22 überwiesen an

23

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda

Antrag: | 7

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Wir haben nicht vergessen - Whistleblower*innen endlich schützen!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Whistleblower*innen müssen endlich durch eine effektive gesetzliche Regelung geschützt
4 werden. Dieser Schutz muss das öffentliche Interesse über die Aufklärung von Missständen bei
5 Arbeitnehmer*innenrechten, auch und besonders im Öffentlichen Dienst, beinhalten.

6
7 **Begründung:**

8 Die Enthüllungen von Edward Snowden sind inzwischen drei Jahre her. Seit dem wissen wir,
9 dass jeder Mensch, der sich online bewegt oder über elektronische Dienste kommuniziert,
10 nahezu vollständig überwacht werden kann und in der Regel auch wird. Jede SMS oder
11 Whatsapp-Nachricht, jede besuchte Internetseite, jedes Telefongespräch, jedes Word-
12 Dokument und nahezu alles, was wir an digitalen Daten aufbringen, kann ohne unser Wissen
13 mitgelesen, gespeichert und ausgewertet werden. Gleichzeitig wächst die Menge an
14 anfallenden Daten jeden Tag an. In den letzten drei Jahren sind beispielsweise sog. Fitness
15 Tracker in unseren Alltag eingedrungen, die detaillierte Auskunft über unser Alltagsverhalten
16 ermöglichen und erschreckend zuverlässige Vorhersagen erlauben.
17 Der Wunsch einer Souveränität über die eigenen Daten ist aktuell nur als Farce denkbar. Trotz
18 weltweiter Beachtung insbesondere der Person Edward Snowdens wurde die
19 Massenüberwachung durch staatliche Organe mit nichten beschränkt, sondern weiter
20 ausgebaut. Auch der BND bewegt sich hier auf der falschen Seite der Geschichte. Dagegen
21 müssen wir weiterhin national und vor allem international ankämpfen. Das Mindeste jedoch ist
22 die Solidarität mit denjenigen Menschen, die uns überhaupt erst auf diese Missstände
23 hingewiesen haben. Ihnen verdanken wir es, dass Totalüberwachung nicht nur schlimmste
24 Befürchtung von Nerds, sondern nachgewiesener Fakt ist. Dennoch warten wir bis heute auf
25 eine gesetzliche Regelung zum Schutz von Whistleblower*innen zumindest in Deutschland. Wir
26 halten fest: Wir haben nicht vergessen! Whistleblower*innen müssen endlich geschützt werden.

- 27
28
29 angenommen
30 abgelehnt
31 überwiesen an

32

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

Antrag: G 1

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Impfpfählung einföhren

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Alle von der Ständigen Impfkommision (STIKO) am Robert-Koch-Institut empfohlenen
4 Impfungen (u.a. MMR, Hep A, B, Keuchhusten) sollen mit Ausnahme von vorliegenden
5 Allergien auch verpflichtend sein.

6

7 **Begründung:**

8 In Deutschland gehen mal wieder Masern um, und das obwohl sich die Regierung verpflichtet
9 hat, diese bis 2015 auszurotten. Dies konnte nur passieren, weil sich Eltern weigern ihre Kinder
10 zu impfen. Dafür werden Argumente verwendet wie, Impfen kann Autismus verursachen oder
11 es gebe starke Nebenwirkungen. Beides ist falsch. Auf über 37 Millionen Impfungen im Jahr
12 kommen nicht einmal 1000 Fälle von Nebenwirkungen. Das ist weniger als 0,0005 Prozent.
13 Auch das mit dem Autismus ist Unsinn. Die Studie, die dort angegeben wurde, ist als gefälscht
14 zurückgezogen worden. Es hat noch nie einen Fall gegeben in dem Impfen Autismus
15 verursacht hat.

16 Impfen ist eine sehr sichere Methode, seine eigenen Kinder gegen potentiell tödliche
17 Krankheiten zu schützen. Und nicht nur das, auch fremde Kinder werden geschützt. Die
18 Ausfallquote beim Impfen ist 3 Prozent. Das heißt, dass unter 100 Kindern 3 nicht geschützt
19 sind. Sollten alle anderen Kinder geimpft sein, ist aber die Wahrscheinlichkeit, dass sich die
20 ungeschützten Kinder anstecken sehr gering. Es geht also nicht nur um die Sicherheit der
21 eigenen Kinder, sondern auch um alle anderen. Hierbei muss der Staat eingreifen, um die
22 Kinder zu schützen, die nicht geschützt sind.

23 Sollte ein Kind allergisch auf den Impfstoff sein, entfällt natürlich eine Impfung.

24

- 25 angenommen
26 abgelehnt
27 überwiesen an

28

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: B 1

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

Betr.: Den Manager*innen von morgen Mitbestimmung und demokratische Strukturen im Unternehmen lehren

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Um der Anforderung, ein demokratisches Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu bilden,
4 gerecht zu werden, werden die SPD-Fraktionen im Bundes- und Landtag dazu aufgefordert,
5 sich dafür einzusetzen, in Lehrplänen für Pflichtveranstaltungen von BWL- und
6 Managementstudiengängen Mitbestimmung von Arbeitnehmer*innen und demokratische
7 Strukturen in Unternehmen zu integrieren.

8
9
10
11 **Begründung:**

12 Eine von der gewerkschaftsnahen Hans Böckler Stiftung finanzierte, kürzlich erschienene
13 explorative Studie zeigt auf, wie wenig bis gar nicht Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und
14 Arbeitnehmern in den Lehrplänen von künftigen Managerinnen und Managern thematisiert wird.
15 Oft werden, so stellen die Autoren der Studie dar, demokratische Strukturen im Unternehmen
16 lediglich als juristische Rahmenbedingung gelehrt.
17 Wir möchten uns dafür einsetzen, dass besonders Menschen, die künftig ein ganzes
18 Unternehmen führen werden und somit unmittelbar die Arbeitsbedingungen der
19 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestalten und beeinflussen, zumindest wissen, was ein
20 Betriebsrat ist und dass auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über ein gewisses
21 Mitspracherecht verfügen.

- 22
23
24
25 angenommen
26 abgelehnt
27 überwiesen an

28

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

Antrag: B 2

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Flächendeckende Weiterbildungsberatung anbieten

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Wir brauchen eine flächendeckende und unabhängige Weiterbildungsberatung. Die dazu
4 gehörigen Anlaufstellen sollten in bisher existierende Einrichtungen (z.B. die
5 Bundesagentur für Arbeit) integriert werden. Bisher wurde Weiterbildungsberatung dort nur
6 höchst unzureichend umgesetzt. Die Anlaufstellen hingegen wären kontinuierliche Stützpunkte
7 für Weiterbildungsfragen im Verlauf der gesamten Arbeitsbiografie, die regionale
8 Qualifizierungsmöglichkeiten genau kennen und auch auf in den Bundesländern geschaffenen
9 Strukturen und Kompetenzen aufbauen. Wir fordern deshalb, das Kooperationsverbot in
10 Weiterbildungsfragen aufzuheben.

11
12 **Begründung:**
13 Beschäftigten und Arbeitgeber_innen fällt es oft schwer, sich eine Übersicht über
14 Weiterbildungsangebote und deren Qualität zu verschaffen. Dies lässt sich teilweise auf die
15 zersplitterte Beratungs- und Förderlandschaft auf Bundes- und auf Länderebene zurückführen,
16 die sich auf unterschiedlichste Zielgruppen und Berufsbereiche fokussiert. Schätzungsweise
17 geht man von bundesweit rund 200 größtenteils zeitlich limitierten
18 Weiterbildungsförderprogrammen aus.. Diese „Informationszumutung“ benachteiligt kleine
19 Unternehmen und bildungsferne Gruppen. Weiterbildungsnachfrage und -angebot sind
20 außerdem noch zu selten aufeinander abgestimmt. Die Schaffung einer
21 Weiterbildungsberatung würde diesen Problemen entgegenwirken.

- 22
23 angenommen
24 abgelehnt
25 überwiesen an
26

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: V 1

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

Betr.: Mobilität im ländlichen Raum

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Der NVV ist das Herzstück des mobilen Lebens für Nordhessen und deswegen unabdingbar für
4 einen attraktiven, ländlichen Raum. Der NVV muss deswegen nicht nur erhalten, sondern noch
5 weiter ausgebaut werden.

6 Kassel als Standort für Studierende ist in den letzten Jahren stark gewachsen, Tendenz nach
7 wie vor leicht steigend. Damit wird Kassel als Wohnort immer teurer – der ländliche Raum
8 allerdings beklagt immer mehr Leerstand. Das größte Problem für den ländlichen Raum ist die
9 Anbindung über öffentliche Verkehrsmittel. Daran müssen wir arbeiten und die Taktungen für
10 abgelegene Orte vernünftig überarbeiten. Darüber hinaus müssen Nachtzüge auf den Linien
11 der RegioTrams eingeführt werden.

12 Außerdem fordern wir den Ausbau von möglichen, vergünstigten Angeboten für Auszubildende
13 und Schüler*innen sowie für Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Eine
14 schlechte finanzielle Lage kann nicht entscheidend sein, ob man von dem Transportangebot
15 vor Ort Gebrauch machen kann oder nicht. Ausgrenzung fängt schon da an, wo andere zu
16 Veranstaltungen kommen und man selbst nicht. Deswegen muss jedem Menschen ermöglicht
17 werden, jederzeit das Angebot des NVVs nutzen zu können.

18 Wir halten daran fest, dass der NVV, sowie alle Verkehrsverbünde Deutschlandweit, als Form
19 der Daseinsfürsorge wichtiger Bestandteil des täglichen Lebens sind. Damit muss letztlich auch
20 sichergestellt werden, dass Jede*r die Angebote des ÖPNV vor Ort nutzen kann. Die
21 kostenlose Nutzung des öffentlichen Verkehrs ist damit ein Ziel sozialdemokratischer Politik,
22 auf lange Sicht gesehen.

23
24 **Begründung:**

- 25
26
27
28 angenommen
29 abgelehnt
30 überwiesen an

31

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: V 2

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress

Betr.: Ausbau der digitalen Mobilität

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Internet ist ein Grundrecht, so entschied es der Bundesgerichtshof am 24.01.2013. Seitdem
4 sind wir nicht besonders weit gekommen, was Stabilität und Ausbau der Netze, Anpassung der
5 Bildungssysteme und Überarbeitung der Kosten- und Finanzierungsmodelle angeht.

6 Deswegen fordern wir:

- 7 1. Das Breitbandangebot überall so auszubauen, dass es den modernen Medien und
8 Standards mehr als genügt und ausbaufähig bleibt. Immerhin handelt es sich nicht um
9 ein nationales Medium, sondern ein Internationales. Während weltweit Südkorea
10 Spitzenreiter ist, mit einer Übertragungsrate von 23 MB/s im Durchschnitt, aber auch
11 europäische Staaten wie die Niederlande (15.2 MB/s) gut im Rennen liegen, liegt
12 Deutschland (10.7 MB/s) für eine so reiche Industrienation weit zurück. Auch hier
13 handelt es sich nur um Durchschnittswerte, der reguläre Haushalt bei der größeren
14 Bevölkerung in Deutschland liegt vermutlich weit darunter. Deswegen fordern wir bis
15 2025 den Ausbau in jedem Haushalt auf mindestens 30 MB/s zu ermöglichen.
- 16 2. Den Ausbau des Bildungsangebots an Schulen, in Bezug auf moderne Medien und
17 digitale Gesellschaft muss sehr viel stärker vorangetrieben werden. Offenes WLAN an
18 allen Schulen, ein neuer, digitaler Unterricht und neue Ausstattungen für Schüler*innen
19 und Lehrer*innen sind unbedingt notwendig, wenn wir jedem, unabhängig des sozialen
20 Ursprungs, die gleichen Möglichkeiten in der Bildung ermöglichen wollen.
- 21 3. Wir stimmen den sozialen Mindeststandards für Arbeitsverhältnisse mit und um das
22 Internet des auf dem Bundesparteitag beschlossenen Antrags "#digitalLeben" zu.
- 23 4. Muss im Zuge des Ausbaus immer wieder überprüft werden, ob das Internet als
24 Informationsstrom und -quelle der Zukunft nicht beitragsfrei oder zumindest nahezu frei
25 für Privatpersonen und -Haushalte bleiben sollte.
- 26 5. Die Aufweichung und Auflösung der Netzneutralität lehnen wir entschieden ab.

27
28
29 **Begründung:**

- 30
31
32
33 angenommen
34 abgelehnt
35 überwiesen an

36

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: V 3

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Glück Auf, Bürger*innenenergie!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Wir Jusos lehnen Ausschreibungs-Vergabe-Systeme für Erneuerbare-Energien-Anlagen nach
4 wie vor ab. Sie bleiben teuer, deckeln den Ausbau und bevorzugen kapitalstarke Investoren
5 bzw. Großkonzerne. Dabei könnte mit regional verankerten und finanzierten Projekten ein
6 Vielfaches an Wertschöpfung vor Ort generiert werden.

7 Ob die Zugeständnisse für Bürger*innenenergiegesellschaften in der aktuellen EEG-Novelle
8 daran etwas ändern werden, bleibt abzuwarten. Wir Jusos fordern daher, die Maßnahmen
9 ständig daraufhin zu überprüfen, ob sie den vom BMWi selbst ausgegebenen Zielen
10 Versorgungssicherheit, Kosteneffizienz und Akteursvielfalt zuträglich sind.

11 Außerdem sprechen wir Jusos uns weiterhin strikt gegen eine Deckelung des Ausbaus der
12 Erneuerbaren Energien aus. Im Gegenteil, wir fordern massive Anstrengungen und günstige
13 Rahmenbedingungen für einen forcierten dezentralen Ausbau. Es muss schnellstens eine
14 Lösung gefunden werden, die Speichersysteme und Biogasanlagen in virtuellen Kraftwerken
15 wirtschaftlich als regionalen Grünstrom vermarktbar macht. Neben den reduzierten Ausgaben
16 für fossile Energieträger entlasten so zusätzliche Einnahmequellen kommunale Haushalte bei
17 insgesamt steigender regionaler Wertschöpfung.

18 Außerdem bekennen wir Sozialdemokrat*innen uns zu einer starken Windindustrie mit über
19 130.000 Beschäftigten in ganz Deutschland. Daher werden wir die Rahmenbedingungen für
20 einen starken Heimatmarkt wieder optimieren.

21 Der Verlust vieler Zehntausender Arbeitsplätze in der Solarindustrie, aufgrund falscher
22 politischer Entscheidungen der schwarz-gelben Bundesregierung, darf sich in der Windindustrie
23 keinesfalls wiederholen. Dafür werden wir uns gemeinsam mit Bündnispartner*innen wie der IG
24 Metall einsetzen.

25
26
27 **Begründung:**

28
29 Erfolgt mündlich

- 30
31
32 angenommen
33 abgelehnt
34 überwiesen an

35

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: V 4

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

Betr.: Resolution: Mit uns zieht die neue Zeit - Sozialismus auch für Tiere

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 **1. Einleitung**

4 Als sozialdemokratische Bewegung setzen wir uns seit jeher für die Werte „Freiheit,
5 Gerechtigkeit und Solidarität“ ein. Wir kämpfen an, gegen Leid und versuchen mit all unserer
6 Kraft Lebensbedingungen zu verbessern. Wir sind überzeugt, dass sich niemand über andere
7 hinweg setzen sollte. Den Satz von Immanuel Kant „Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo
8 die Freiheit des Anderen beginnt“ würden wir wohl vorbehaltlos zustimmen.

9 Und dennoch tolerieren wir Ungerechtigkeit und Unfreiheit und verspüren keine derartige
10 Solidarität, wenn wir über nichtmenschliche Lebewesen sprechen. Tiere sperren wir ein, wir
11 verdinglichen sie, wir töten und demütigen sie. Während wir das Leid von Menschen stets
12 beklagen, uns über schlechte Arbeitsbedingungen empören, verhalten wir uns gegenüber
13 Tieren als Unterdrücker*innen. Während wir uns als Teil der Arbeiter*innenbewegung stets als
14 Verfechter*innen der Rechte der Schwächeren in der Gesellschaft sehen, verwehren wir gleiche
15 Solidarität jenen, die auf sie in ähnlicher Weise angewiesen wären.

16 Dabei geht beispielsweise unser Fleischkonsum nicht nur zu Lasten der Tiere, sondern auch
17 auf Kosten von Umwelt, Klima und Menschen vor allem in anderen Teilen der Welt.

18 *„Mit der Produktion tierlicher Produkte, die vornehmlich in der*
19 *sogenannten „ersten Welt“ konsumiert werden, wird in anderen Teilen*
20 *der Erde Hunger geschaffen, Urwälder abgeholzt, Trinkwasser*
21 *verseucht und das Klima angeheizt. [...]“¹*

22 Während wir unseren Konsum auf Kosten anderer Teile der Welt inzwischen in weiten Teilen
23 hinterfragen, gibt es noch immer einen gesellschaftlichen Konsens darüber, dass es in Ordnung
24 sei, Tiere auszubeuten. Doch das Umdenken hat begonnen. Der gesellschaftliche Konsens
25 bröckelt.

26 Als Teil einer progressiven internationalen Bewegung, wollen wir beginnen, uns auch mit
27 unserem „Tierkonsum“ kritisch auseinanderzusetzen und unser Verhältnis gegenüber Tieren zu
28 hinterfragen. Wir sind eine Bewegung, die Machtverhältnisse kritisiert, wenn es um die Rechte
29 von Frauen und Minderheiten geht. Die nach Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit
30 strebt. Auf dem Weg in eine gerechtere, freiere und solidarischere Gesellschaft müssen wir
31 auch unsere Macht- und Gewaltposition gegenüber Tieren reflektieren und verändern.

32
33 **2. Tierkonsum in Deutschland und dessen wirtschaftliche und ökologische**
34 **Folgen**

35 Die „Geflügelproduktion“ in Deutschland ist in den letzten 20 Jahren um fast 75% gestiegen.

¹ Hartmut Kiewert

<http://hartmutkiewert.de/2011/03/interview-fur-robin-wood/>

36 Während viel mehr produziert wird, geht jedoch die Zahl der produzierenden Betriebe stetig
37 zurück. Die Anzahl der Mastbetriebe ist im gleichen Zeitraum um etwa 95% gesunken. Für 2016
38 sind bereits mindestens 10,8 Millionen neue Stallplätze für Geflügel beantragt. Ähnlich sieht es
39 bei der „Produktion“ von Schweinefleisch aus. Während sie um 50% gestiegen ist, sank die
40 Anzahl der Betriebe um 90%.¹ Unsere hohe Nachfrage nach möglichst billigem Fleisch führte in
41 den letzten zwei Jahrzehnten zu einem extremen Wandel in der „Fleischproduktion“. Einerseits
42 wurden dadurch bäuerliche Betriebe vom Markt verdrängt, andererseits ging diese Entwicklung
43 auch immer zum Leid der Tiere. Deren Haltung wird mehr und mehr "intensiviert", was bedeutet,
44 dass mehr Tiere auf weniger Raum gehalten werden. Die Tierproduktion ist inzwischen fast
45 vollständig industrialisiert. Immer weniger Arbeitskräfte werden benötigt, um immer mehr Tiere
46 zu "versorgen".
47 Während die großen Tierfabriken die Gewinne einstreichen, müssen kleine Bauernhöfe mehr
48 und mehr um ihre Existenz bangen. Ihnen fehlt oft das Kapital, um in teure Maschinen zu
49 investieren und der Platz, um mit den großen mithalten zu können. Das Schlagwort lautet hier:
50 "Wachsen oder weichen".²

51
52 Auch in der Milchproduktion führt der anhaltende Preiskampf zu immer schlechteren
53 Lebensbedingungen für die Tiere. Bei einem Milchpreis von 28 Cent pro Liter im Herbst 2015,
54 können Produktionskosten kaum noch gedeckt werden und kleine Betriebe müssen ihre
55 Produktion einstellen.²
56 Tierliche Produkte werden anders als uns Werbung und Verpackungen vermitteln wollen heute
57 fast ausschließlich in Tierfabriken erzeugt. Die Heidi-Idylle gibt es nur in Werbeversprechen.
58 Unser Konsum hat dabei auch abseits der tierrechtlichen Perspektive katastrophale Folgen:

- 59 • „80-90% des in Deutschland verfütterten Sojaschrotts geht direkt in die
60 'Fleischproduktion'“

61 Dabei richtet der Sojaanbau für den weltweiten Fleischmarkt vor allem in Südamerika große
62 Schäden an. Die weiterhin fortschreitende Rodung des Regenwalds zur Schaffung neuer
63 Anbauflächen und die einseitige Nutzung der Flächen führen zu Klimaschäden und verhindern
64 einen nachhaltigen Schutz der dortigen Natur. Statt pflanzliche Nahrung sinnvoll zur Ernährung
65 der Weltbevölkerung zu nutzen, quälen wir Tiere und verschwenden Wasser-, Energie- und
66 Nahrungsressourcen, um daraus Fleisch „herzustellen“.³

- 67 • Durch Massentierhaltungsbetriebe sinkt vielerorts in Deutschland die
68 Grundwasserqualität. Zu hohe Nitratwerte führen mancherorts gar zu ungenießbarem
69 Wasser. So ist beispielsweise in Hessen jedes siebte Grundwasservorkommen nicht
70 mehr trinkbar.⁴

71

72 **3. Geschichte und Theorie**

73 Die politische Linke in ihren unterschiedlichen Ausprägungsformen hat vielfältige
74 Schnittmengen mit der Tierrechtsbewegung und Tierbefreiungsbewegung. Auch die
75 Sozialdemokratie oder ihr nahestehenden Personen und Gruppierungen haben sich immer
76 wieder mit der Frage des richtigen Umgangs und der Gewalt an Tieren beschäftigt. Erinnerung sei
77 u.a. an die abwägenden gesellschaftskritischen und ernährungsphysiologischen Überlegungen
78 August Bebels in die "Frau und der Sozialismus". Kautskys Kritik an der Scheinheiligkeit der
79 Forderungen der Bourgeoisie, Sklaven und Tiere zu schützen und die Unterdrückung der

² Fleischatlas 2016

https://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/landwirtschaft/160113_bund_landwirtschaft_fleischatlas_regional_2016.pdf

³ Ebenda.

⁴ Ebenda.

80 Kinder und der Arbeiterklasse zu übersehen⁵. Oder Rosa Luxemburgs Briefe aus dem
81 Breslauer Frauengefängnis, in denen sie ihre Empathie und Solidarität mit einem Büffel
82 ("Büffelbrief") und an anderer Stelle mit „ihren“ Vögeln ausdrückt.

83
84

85 Willi Eichler, "Cheftheoretiker der Nachkriegs-SPD", war einer der wesentlichen Verfasser des
86 Godesberger Programms. Den Essay "Sogar Vegetarier" von 1926 endete er mit den Worten:

87 *"Wir sind Sozialisten und kämpfen gegen die Ausbeutung. Ausbeutung*
88 *heißt willkürliche Verletzung von Interessen. Pflanzen-Interessen kennen*
89 *wir nicht, können sie also auch nicht willkürlich verletzen; wir können*
90 *Pflanzen also auch nicht ausbeuten. Tier-Interessen kennen wir; wir*
91 *können also Tiere ausbeuten, und wir tun dies, wenn wir uns von ihrem*
92 *Fleisch ernähren, solange Pflanzen genug da sind. Solange wir selbst*
93 *ausbeuten, verwirken wir damit das Recht, von anderen zu verlangen,*
94 *daß sie uns nicht ausbeuten. Wir hören damit also auf, Sozialisten zu*
95 *sein. Wer die Forderung der ausbeutungsfreien Gesellschaft ehrlich zu*
96 *Ende denkt, wird Vegetarier."*⁶

97 Die Sozialdemokratie spart sich die Kritik an der Nutzung von Tieren in der Nachkriegszeit.
98 Exemplarisch für die dauerhafte Abwesenheit jeglicher Kritikfähigkeit an den herrschenden
99 Zuständen steht der einzige Satz zu der Thematik im SPD Bundestagswahlprogramm 1998:
100 "Wir wollen den Tierschutz verbessern".

101

102 **4. Machtverhältnisse hinterfragen**

103 Tiere existieren nicht im luftleeren Raum oder ausschließlich in philosophischen Diskussionen,
104 sie sind in vielfältigen gesellschaftlichen Verhältnissen eingebettet. Der Begriff des sogenannten
105 „Nutztieres“ sagt beispielsweise viel über unser Verhältnis zu Tieren im Allgemeinen aus. Tiere
106 sehen wir als Eigentum und sprechen ihnen damit ihr Selbstbestimmungsrecht ab. Wir tun dies,
107 in dem Bewusstsein, dass Tiere durchaus fühlen und ein Interesse an körperlicher
108 Unversehrtheit haben. Nur durch die Ignoranz ebenjener Tatsache, können wir unser Verhalten
109 gegenüber Tieren legitimieren.

110 *„Die Denkmechanismen, welche Ausbeutung von Tieren legitimieren,*
111 *überschneiden sich mit denen, welche die Ausbeutung von Menschen*
112 *legitimieren. Der Mensch konstruiert durch das Abwerten des Tieres*
113 *bzw. des Fremden seine eigene Höherwertigkeit. Unsere Kultur ist durch*
114 *eine Hierarchie geprägt, an deren Spitze der weiße, gesunde, männliche*
115 *Mensch steht und an deren Ende das zur Ausbeutung preisgegebene*
116 *Tier.“*⁷

117 Wir müssen hinterfragen, warum wir manche Tiere essen und andere nicht und warum wir mit
118 manchen Tieren zusammen leben wollen und mit anderen nicht. Auch die Soziologie hat diese
119 Themen lange vernachlässigt und erst seit ein paar Jahren bilden sich die Human-Animal
120 Studies oder Critical Animal Studies heraus, die sich mit solchen Fragen beschäftigen. Als
121 Jungsozialist*innen müssen wir auf diesen aufbauen und uns muss weiter interessieren, wie die
122 Tierindustrie mit dem Kapitalismus verwoben ist, d.h. wie sie einander bedingen und welche
123 politischen Ansatzpunkte sich für uns bieten. Auch die Frage, ob Tiere essen männlich sei, also

⁵ Die Vivisektion des Proletariats (1881),

<https://www.marxists.org/deutsch/archiv/kautsky/1881/10/vivisektion.htm>

⁶ Willi Eichler: Sogar Vegetarier?

http://sozis-tiere.de/files/Sogar_Vegetarier-Willi_Eichler-ISK-1926.pdf

⁷ Hartmut Kiewert

<http://hartmutkiewert.de/2011/03/interview-fur-robin-wood/>

124 inwiefern Rollenbilder mit dem Konsum von Tieren zusammenhängen sind für einen linken und
125 feministischen Richtungsverband notwendige Arbeitsfelder. Für uns als Jungsozialist*innen
126 müssen Alternativen für Tierkonsumartikel bezahlbar sein, wir wollen die Frage nach einem
127 gerechten Umgang nicht zu einem künstlichen Distinktionsmittel zwischen arm und reich
128 werden lassen.

129

130 Ziel politischer Theorie der Jungsozialist*innen muss sein, bestehende linke Kritik an der
131 Ausbeutung von Tieren weiterzuentwickeln, praktisch werden zu lassen.

132

133 **5. Antiemanzipatorische Standpunkte bekämpfen wir**

134 Es gibt Organisationen und Aktivist*innen (O & A), die ihr vermeintliches Engagement für Tiere
135 nur für ihre reaktionäre oder faschistische Hetze benutzen. Weiterhin nutzen manche O & A
136 Sprache und Methoden, die antiemanzipatorisch sind.

137

138 **Solche Organisationen und Aktivist*innen bekämpfen wir!**

139 Das (vermeintliche) Engagement für Tiere ist nichts wert, wenn es xenophob oder sexistisch
140 gelesen werden kann. Ein "Hauptsache für die Tiere" kann es für uns und jeden progressiven
141 Verband nicht geben. Vielmehr müssen wir solche O & A bekämpfen, denn sie schaden unseren
142 Anliegen als queerfeministischer, antifaschistischer und internationalistischer
143 Richtungsverband.

144

145 **6. Was folgt? - Konsequenzen für unsere Arbeit**

146 Im Kampf für eine gerechtere Welt, dürfen wir die Augen nicht vor dem Leid von Tieren
147 verschließen. Wir müssen unseren eigenen Umgang mit Tieren als "Konsumgut", "Ware" und
148 "Ding" hinterfragen und die Strukturen erkennen, in denen wir als Ausbeuter*innen agieren. Wir
149 dürfen nicht die Augen verschließen, vor dem Strukturwandel in industrieller Tierhaltung und
150 Landwirtschaft, sondern müssen uns den Tatsachen in Tier- und Schlachtfabriken bewusst
151 werden.

152 Wir Jungsozialist*innen definieren uns als emanzipatorischer Richtungsverband. Wir wollen
153 daher auch gegen Gewalt an und Unterdrückung von Tieren kämpfen:

- 154 1. Tiere sind empfindungsfähige Lebewesen, die aus sich heraus Rechte besitzen. Da sie
155 jedoch nicht in der Lage sind, diese Rechte einzufordern, bedürfen sie des Schutzes der
156 Gesellschaft.
- 157 2. (Massen-)Tierhaltung ist von Menschen gemacht. Sie existiert nicht im leeren Raum,
158 sondern ist ökonomisch, politisch und gesellschaftlich gewachsen. Sie ist zu hinterfragen
159 und kann von Menschen auch wieder beendet werden.
- 160 3. Die agrarischen Anstrengungen hin zu einer gewaltfreien Landwirtschaft sind enorm. Wir
161 müssen so früh wie möglich in die Forschung einer tierfreien Landwirtschaft investieren
162 und tierleidfreie Höfe unterstützen.
- 163 4. Das Motto der Tierfabrikenindustrie lautet: "Der Anderen Tod ist unser Brot". Folglich
164 kann das Argument der Arbeitsplatzsicherung für uns als Jungsozialist*innen kein
165 unmittelbares Argument sein. Gleichwohl sind die Menschen in ihren prekären Jobs in
166 den Tierfabriken in keinsten Weise zu bestrafen. Sie müssen daher durch Umschulungen
167 und finanzielle Hilfe solange unterstützt werden, bis sie andere Jobs gefunden haben.
- 168 5. Individuen sollten ihre Gründe für ihren Tierkonsum hinterfragen. Dieser
169 Reflektionsprozess ist zu unterstützen. Allerdings darf Individuen kein moralischer
170 Vorwurf für ihre Konsumeinstellungen gemacht werden.
- 171 6. Es ist schwer aus mächtigen Einflüssen seiner Sozialisierung und der Werbung
172 auszubrechen und gelingt wohl nur partiell. Dennoch halten wir Konsumgewohnheiten
173 grundsätzlich für von Menschen gemacht und somit änderbar.
- 174 7. Empfindungsfähige Tiere werden auf engstem Raum eingesperrt, ihre Nahrung,

175 Bewegung und auch die Dauer ihres Lebens werden ökonomisch bestimmt. Der
176 Konsum von Tieren kann keine Privatsache sein, weil massiv in das Leben anderer
177 eingegriffen wird.

178 8. Ansatzpunkt jungsozialistischer Tierrechtsarbeit und Tierbefreiungsarbeit muss daher
179 neben theoretischen Reflektionen sein, die politischen Barrieren für Alternativen
180 einzureißen und die Produktion und den Konsum von Tieren zu verringern.

181 9. Antimanzipatorische Ansätze müssen auch in dieser gesellschaftlichen
182 Auseinandersetzung bekämpft werden.

183 10. Gewalt an Tieren ist begründungspflichtig, aber nicht begründungsfähig. Wir wollen
184 einen Einstieg in den Ausstieg.
185

186 Wer die menschliche Gesellschaft will, muss auch die Ausbeutung von Tieren überwinden.

187

188 **Begründung:**

189

190 Erfolgt mündlich

191

192 angenommen

193 abgelehnt

194 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: V 5

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesgruppe Hessen im Bundestag, SPD-Bundestagsfraktion,

Betr.: Mehr Tierschutz in der SPD-Bundestagsfraktion

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, den Bereich Tierschutz/- Tierrechte personell
4 und materiell aufzuwerten.

5
6
7 **Begründung:**

8
9 Die gesellschaftlichen Werte hinsichtlich des Umgangs mit Tieren wandeln sich. Gleichzeitig
10 ändert sich auch massiv die Art und Weise, wie Tiere produziert werden.

11
12 Wir sind nicht nur der Meinung, dass wir hinterfragen müssen, wie wir mit Tieren umgehen
13 wollen, sondern dass dieses vermeintlich weiche Thema auch dazu geeignet ist, Werte und
14 Haltungen der Sozialdemokratie darzustellen.

15
16 Die Sozialdemokratie, gerade auch in den Parlamenten, darf sich hier daher nicht wegducken,
17 sondern muss stattdessen besser ausgerüstet werden, um die vielfältigen Arbeitsfelder
18 abzudecken, über den Tag hinauszudenken und Visionen aufzuzeigen. Keineswegs dürfen wir
19 die Meinungsführerschaft anderen Parteien überlassen.

- 20
21
22 angenommen
23 abgelehnt
24 überwiesen an

25

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda

Antrag: V 6

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Einheitspfand

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Wir wollen ein Einheitspfand für Einweg- und Mehrweg-Getränkebehältnisse. Darüber hinaus
4 sollen Behältnisse von Getränken, die bisher pfandfrei waren, z.B. Alkoholika, Wein,
5 "Softdrinks", "Energydrinks", laktosehaltige Getränke, zukünftig auch einem Einheitspfand
6 unterliegen.

7 Getränkebehältnisse, die für die Ausgabe von Kalt- oder Heißgetränken benutzt werden, sollen
8 auch einem Einheitspfand unterliegen. Die rechtlichen Grundlagen für eine zentrale
9 Annahmestelle von Pfand sollen im Zuge einer Einführung des Einheitspfands durch den Bund
10 und die Länder geschaffen werden

11
12 **Begründung:**

13 Pfand ist dazu gedacht Rohstoffe, welche für Getränkebehältnisse benutzt werden, einen Wert
14 zuzuordnen, um eine Rückführung der Rohstoffe zu forcieren und eine weitere Verwendung im
15 Einweg- oder Mehrweg-Pfandbereich zu ermöglichen. Viele Getränkebehältnisse werden
16 derzeit jedoch nicht mit einem Pfandwert versehen, vor allem „Einweg-Kaffeebecher“,
17 Glaswaren für Alkoholika und Tetrapacks. Andere Getränkebehältnisse sind pfandbefreit, weil
18 ihnen Laktose zugegeben wurde. Vor allem „Energiedrinks“ nutzen diesen derzeit legalen Trick,
19 um ihre Attraktivität gegenüber durchaus gesünderen, aber auch vielleicht teureren,
20 Alternativen zu steigern. Viele dieser pfandfreien Getränkebehältnisse vermüllen unsere Städte
21 oder landen im Restmüll. Diese werden daher folglich nicht richtig in den Wertstoffkreislauf
22 zurückgeführt. Wir wollen als Jusos, dass die derzeitige Situation, der Missstand in der
23 Bepfandung von Getränkebehältnissen, behoben wird und schlagen deshalb vor, dass es ein
24 Einheitspfand auf alle Getränkebehältnisse gibt. Basierend auf einer ausstehenden
25 Gebrauchsanalyse, sollen alle Getränkebehältnisse einheitlich dem Einweg oder
26 Mehrwegpfand zugeordnet werden. Da dies wahrscheinlich zu einem Mehraufwand in der
27 Aufnahme der leihähnlichen Pfandgegenstände führen wird, wäre zu prüfen ob und im welchen
28 Rahmen der Gesetzesgeber eine Grundlage schaffen kann, um eine zentralisierte Aufnahme
29 zu realisieren.

- 30
31 angenommen
32 abgelehnt
33 überwiesen an

34

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: F 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Bezirkskonferenz

Betr.: Diskriminierung bekämpfen – auch bei uns!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Als Jungsozialist*innen gehören wir einem feministischen Richtungsverband an, der sich für die
4 Gleichstellung und Gleichbehandlung aller Geschlechter einsetzt. Wir lehnen ungleiche
5 Bezahlung ebenso ab wie Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Alter, Hautfarbe,
6 sexueller Orientierung, Einschränkungen oder Ähnlichem.

7
8 Seit 2013 müssen Ärzte in der Geburtsurkunde eines Kindes keine eindeutige geschlechtliche
9 Zuordnung mehr vornehmen. Diese längst überfällige Änderung schützt vor allem Kinder, bei
10 denen nach der Geburt kein Geschlecht eindeutig zu bestimmen ist. Sie zeigt jedoch auch,
11 dass das sogenannte biologische Geschlecht keine völlig eindeutige Kategorie ist. Dennoch
12 fordern wir innerverbandlich Menschen bei der Anmeldung zu Veranstaltungen oftmals auf ihr
13 Geschlecht anzugeben. Die Auswahlmöglichkeiten sind gering, denn wir bewegen uns dort im
14 binären Geschlechtersystem - männlich und weiblich - und verhindern damit, dass Menschen
15 mit anderem Geschlecht sich hier wiederfinden können. Wir zwingen Menschen sich in einem
16 System zu verorten, das wir sonst in Frage stellen.

17
18 Wir möchten einen Verband, in dem sich alle Menschen einbringen können, die für gleiche
19 Chancen eintreten. Unser Verband selbst muss sich deshalb an diesem Maßstab messen
20 lassen und Diskriminierung als mögliche Hürde der Teilhabe abbauen.

21
22 Daraus folgt für uns:

23
24 **Für mehr Selbstbestimmung!**

25
26 Wir wollen auf Veranstaltungen mit Übernachtungen nicht zwischen Menschen
27 unterschiedlichen Geschlechts selektieren, denn wir lehnen eine von außen diktierte Zuordnung
28 im binären Geschlechtermodell ab!

29
30 Auf unseren Veranstaltungen soll sich jede*r wohlfühlen und die Möglichkeit haben sich ein
31 Zimmer mit den Personen zu teilen, die ihm*ihr sympathisch sind.

32 Uns ist bewusst, dass eine Unterbringung in "gemischten" Zimmern nicht für alle Menschen
33 einen (gefühlten) sicheren Raum darstellt. Daher wird es die Möglichkeit geben bei der
34 Anmeldung den Wunsch nach einer separaten Unterbringung zu äußern. Niemand soll dazu
35 gezwungen werden in einem Raum zu übernachten, in dem er*sie sich nicht wohlfühlt.

36
37 Für Menschen unter 16 Jahren haben wir eine besondere Verpflichtung auf deren
38 Unversehrtheit zu achten. Rechtlich sind wir dazu verpflichtet sie nicht in "gemischten" Zimmern
39 unterzubringen.

40 Mit diesen Personen werden wir deshalb gesonderte Gespräche im Vorfeld der
41 Veranstaltungen führen und mit ihnen individuelle Regelungen finden, die weder unsere
42 Aufsichtspflicht verletzen, noch in ihre Persönlichkeitsrechte eingreifen.

43 **Für einen sensiblen Umgang miteinander!**

44 Um Diskriminierungen auch innerverbandlich bekämpfen zu können, brauchen wir

45 Multiplikator*innen vor Ort!

46 Besonders im Umgang mit Sexismus bestehen oft große Unsicherheiten. Wir brauchen deshalb
47 gezielte Schulungen, in denen wir uns mit den folgenden Fragen auseinandersetzen:

48 Was ist überhaupt sensibles Verhalten?

49 Wann diskriminieren wir andere durch unser eigenes Verhalten?

50
51 Wir wollen Vertrauenspersonen in allen Unterbezirken schulen, damit Antidiskriminierungsarbeit
52 in den Unterbezirken vor Ort geleistet werden kann. Hierfür benennt der Bezirksvorstand zu
53 Anfang einer jeden Legislaturperiode eine/zwei Person/en, die ein Seminar zu
54 Antidiskriminierung und Antirassismus durchführt/en. Jeder Unterbezirk sollte mit mindestens
55 einer Person bei diesem Seminar vertreten sein.

56
57 **Für mehr Aufklärung!**

58 Vor jeder größeren Veranstaltung des Bezirksvorstands wird ein Input zum Thema

59 Antidiskriminierung und sensibles Verhalten bzw. Anti-Sexismus gegeben.

60

61 Diskriminierendes Verhalten betrifft uns alle.

62

63 Wir wollen darüber hinaus für Veranstaltungen, die ein "gemütliches Beisammensein"
64 beinhalten, Vertrauenspersonen benennen, die Menschen vertrauensvoll zur Seite stehen,
65 sofern diese diskriminierende oder sonstige belastende Erfahrungen machen. An diese
66 Personen können sich alle Teilnehmenden während der Veranstaltung jederzeit wenden.

67

68 Als Jugendverband möchten wir auf diskriminierendes Verhalten nicht mit Ausgrenzung,
69 sondern Aufklärung reagieren.

70

71 Deshalb setzen wir uns für einen fairen Umgang miteinander ein!

72

73 Für uns gilt: "Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden!"

74

75

76 **Begründung:**

77 Erfolgt mündlich.

78

79 §180 StGB Abs. I - Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger

80 (I) Wer sexuelle Handlungen einer Person unter sechzehn Jahren an oder von einem Dritten
81 oder vor einem Dritten oder sexuelle Handlungen eines Dritten an einer Person unter sechzehn
82 Jahren (1) durch seine Vermittlung (2) durch Gewähren oder Verschaffen von Gelegenheit
83 Vorschub leistet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Satz 1
84 Nr.2 ist nicht anzuwenden, wenn der zur Sorge für die Person Berechtigte handelt; dies gilt
85 nicht, wenn der Sorgeberechtigte durch Vorschubleisten seine Erziehungspflicht gröblich
86 verletzt.

87

88

89 angenommen

90 abgelehnt

91 überwiesen an

92

93

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: F 2

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Schluss mit dem Schwarz-Weiß-Denken – Vielfalt der Geschlechter auch in der Partei anerkennen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 In Deutschland ist es seit einigen Jahren möglich bei der Geburt eines Kindes kein Geschlecht
4 in die Geburtsurkunde eintragen zu lassen. Mit dieser Änderung wurde ein wichtiger Schritt für
5 Menschen geleistet, die sich nicht eindeutig in das binäre Geschlechtersystem aus „männlich“
6 und „weiblich“ einordnen lassen.

7

8 In der Mitgliederverwaltung der SPD ist es jedoch immer noch so, dass ein Geschlecht in Form
9 einer Zuschreibung in „männlich“ oder „weiblich“ eingetragen wird. Die SPD sollte der
10 Bundesrepublik in dieser Frage nicht nachstehen und Möglichkeiten schaffen, dass sich alle
11 Menschen in ihr wiederfinden können.

12

13 Wir fordern deshalb, die MAVIS auf diskriminierende Strukturen zu überprüfen und
14 Eintragungen abseits von „männlich“ und „weiblich“ zu ermöglichen.

15

16

17

18 **Begründung:**

19 Erfolgt mündlich.

20

21

22

23 angenommen

24 abgelehnt

25 überwiesen an

26

27

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

<u>Antrag:</u>	A 1
<u>Antragsteller:</u>	Bezirksvorstand
<u>Adressat:</u>	SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag
<u>Betr.:</u>	Neue Herausforderungen der Arbeitswelt solidarisch gestalten

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:
2

3 Unsere Industriegesellschaft steht vor einem erneuten Wandel. Nach den Industriellen
4 Revolutionen durch die Einführung der Dampfmaschinen, der elektronischen Arbeitsteilung
5 sowie der Etablierung des Computers stehen wir an der Schwelle zur vierten Phase der
6 industriellen Entwicklung: der Industrie 4.0. Gekennzeichnet durch lernende Systeme sowie
7 vernetzte Produktionen wird die nächste Phase der Industriegesellschaft enorme Auswirkungen
8 auf die Arbeitswelt haben. Diese Veränderungen muss die Sozialdemokratie, als Bestandteil
9 der ArbeiterInnenbewegung, erkennen und gestalten. Die Industrie 4.0 kann für die Arbeitswelt
10 eine große Chance sowie eine große Gefahr darstellen. Die Transformation so zu gestalten,
11 dass sie für die ArbeitnehmerInnen positive Auswirkungen hat, ist die zentrale Aufgabe der
12 Sozialdemokratie in der nächsten Zeit.
13

14 **Kann Effizienzsteigerung zu geringeren Arbeitszeiten führen?**

15 Studien zur Entwicklung des Arbeitsmarkts durch Industrie 4.0 sind sich sehr uneins. Die
16 britischen Wissenschaftler Osborne und Frey haben 2013 berechnet, dass bis 2030 in den USA
17 durch die Digitalisierung der Arbeit fast die Hälfte der Jobs wegfallen. Diese Studie wird jedoch
18 vielfach kritisch gesehen. Das Deutsche Institut für Arbeits- und Berufsforschung (IAB) hat in
19 einer 2014 veröffentlichten Studie berechnet, dass in Deutschland durch den industriellen
20 Wandel 490.000 Arbeitsverhältnisse verloren gehen. Das entspräche einem Rückgang von ca.
21 1% der bestehenden Arbeitsverhältnisse. Zugleich entstehen 430.000 neue Stellen in neuen
22 Bereichen. Die konkreten Auswirkungen auf die Zahl der Arbeitsplätze sind sowohl
23 wissenschaftlich als auch politisch hochumstritten. Als Partei der Arbeitnehmer*innen müssen
24 wir uns auf das Schlimmste vorbereiten und diejenigen, die sich nicht selbst helfen können, vor
25 Exzessen des Kapitalismus schützen. Wir müssen deshalb Antworten auf Prognosen zu
26 massenhaftem Wegfall von Arbeitsplätzen entwickeln. Die Reduzierung der individuellen
27 Arbeitszeit kann dafür ein geeigneter Weg sein. Es geht aber auch um lebenslange
28 Qualifizierung, um Flexibilität, um ein Recht auf Feierabend, um Mitsprache und um soziale
29 Sicherheit. Die wirklich große Chance für eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit von
30 Angestellten ist die weitestgehende Abschaffung der atypischen Beschäftigung. Erst wenn
31 Minijobs, Befristungen und Teilzeitarbeit der Geschichte zu weiten Teilen angehören, wird es
32 genügend Kapazitäten für eine deutliche Reduzierung der Arbeitszeit geben können.
33

34 **Von der Produktion zur Konstruktion: Wissensarbeit gewinnt an Bedeutung**

35 Die produzierenden Tätigkeiten werden vermehrt durch Computer und Roboter übernommen.
36 Sie werden weiter an Bedeutung verlieren. An Relevanz gewinnen hingegen Berufe in der
37 Konstruktion, die jedoch in ihrer Zahl keinen Ausgleich für die wegfallenden Arbeitsplätze
38 darstellen können. Die Maschinen müssen kaum noch bedient werden, sie zu konstruieren wird
39 aber immer schwieriger und bedarf mehr Arbeitskraft. Es wird einen Wandel von händischer
40 Arbeit zur Kopfarbeit geben. Dieser Wandel birgt Chancen wie Risiken. Die Chancen liegen
41 darin, dass konstruierende Berufe deutlich besser bezahlt werden und einen deutlichen
42 höheren Arbeitsschutz haben. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass Menschen den

43 Anforderungen einer auf Effizienz- und Profit-Maximierung ausgerichteten Arbeitswelt nicht
44 entsprechen und auf der Strecke bleiben. Die Sozialdemokratie muss sich daher für ein
45 solidarisches Schulsystem einsetzen, in dem bereits eine hohe Wissenschaftsorientierung
46 herrscht. Auch die Berufsausbildung muss aufgewertet werden und weiterhin hochqualifizierte
47 FacharbeiterInnen ausbilden. Nur durch ein hohes Niveau möglichst aller AbsolventInnen
48 können wir dafür sorgen, dass die Gesellschaft sich gemeinsam weiterentwickelt und nicht eine
49 noch weitere Spaltung erfährt. Arbeit 4.0 kann nur gerecht in einer Gemeinschaftsschule
50 umgesetzt werden.

51 Der schnelle technologische Wandel bedarf zudem einer dauerhaften Weiterbildung der
52 ArbeitnehmerInnen. Dies muss auch durch die Unternehmen unterstützt werden. Daher ist die
53 Forderung nach einer Arbeitsversicherung der richtige Weg in die Arbeitswelt der Industrie 4.0.
54 Die Arbeitsversicherung ist ein solidarischer Weiterbildungsfond, der getragen wird durch einen
55 ArbeitnehmerInnen- und ArbeitgeberInnenanteil (jeweils 0,5%) sowie einen Steueranteil. Aus
56 diesem Fond werden umfassende Weiterbildungsmaßnahmen finanziert. Somit sollen die
57 Arbeitskräfte inhaltlich auf dem Laufenden gehalten werden, müssen aber nicht die finanzielle
58 Verantwortung dafür tragen.

59

60 **Flexibilisierung zum Vorteil der ArbeitnehmerInnen gestalten**

61 Der Technologische Wandel wird zu einer Flexibilisierung der Produktion und somit auch der
62 Arbeitszeit führen. Diese Flexibilität kann eine Chance darstellen und den gestiegenen Wunsch
63 nach Arbeitszeitsouveränität entsprechen. Zugleich kann die Flexibilität zu einer Entgrenzung
64 der Arbeit führen. Die Flexibilität braucht daher ein hohes Maß an Regulierung, um nicht zum
65 Nachteil für die ArbeitnehmerInnen zu erwachsen.

66 Wir wollen daher ein Recht auf Feierabend. Wer lange gearbeitet hat, muss auch das Recht
67 haben im Privaten von der Arbeit Abstand zu nehmen und sich zu regenerieren. Dieses Recht
68 auf Feierabend muss es den ArbeitnehmerInnen ermöglichen längere Zeitschienen und ganze
69 Tage für den/die ArbeitgeberIn nicht erreichbar zu sein und dabei keine Konsequenzen fürchten
70 zu müssen.

71 An die zunehmende Flexibilität muss sich auch die Einrichtung der sozialen Daseinsfürsorge
72 orientieren. So sollte es in jeder größeren Stadt oder in einigen Gemeinden der Landkreise
73 Kindertagesstätten und Kindergärten mit 24-Stunden-Service geben. Auch die Betreuung von
74 Grundschulkindern muss an Nachmittagen sichergestellt werden. Daher ist es weiterhin richtig,
75 das Ziel der flächendeckenden Ganztagschule zu verfolgen.

76 Zunehmen wird auch die Arbeit zuhause in Form von Homeoffice und Telearbeit. Diese Form
77 der freien Einteilung von Arbeit begrüßen wir. Jedoch muss sie klar reglementiert sein, um nicht
78 zu einer weiteren Form der Ausbeutung zu verkommen. Telearbeit muss zeitlich erfasst werden
79 und darf nicht länger erfolgen als im Betrieb. Auch die (ergonomischen)

80 Arbeitsschutzbedingungen müssen am heimischen Arbeitsplatz eingehalten werden.

81 Flexibilität kann eine große Chance für unsere Gesellschaft sein, wenn sie politisch zum Wohl
82 der ArbeitnehmerInnen reglementiert wird. Dies ist ein großer politischer Auftrag für die
83 Sozialdemokratie durch Industrie 4.0

84

85 **Atypischer Beschäftigung bekämpfen und somit Sozialversicherungssysteme sichern**

86 Als „atypische Beschäftigung“ gilt in der Bundesrepublik jedes Arbeitsverhältnis, das in
87 mindestens einem Bezug von einem „Normalarbeitsverhältnis“ abweicht. Diese Abweichungen
88 kategorisieren sich in *Teilzeitarbeit*, *Befristete Arbeit* und *Geringfügige Beschäftigung*. Diese
89 Formen der Beschäftigung tragen zu leistungsbezogener Ungerechtigkeit für den Fall von
90 Arbeitslosigkeit ebenso bei, wie sie Altersarmut wahrscheinlicher machen und die finanzielle
91 Versorgung der Sozialkassen belastet. Sie weitestgehend abzuschaffen oder stärker zu
92 reglementieren wäre ein großer Beitrag zur Steigerung der Gerechtigkeit in der zukünftigen
93 Arbeitswelt.

94 In der sozialen Sicherung ist die Dauer einer Beschäftigungsform der entscheidende Faktor –
95 weshalb gerade das bisherige Modell der Teilzeitarbeit den Staat vor gewisse Probleme im
96 Bereich der Steuerung des Wohlfahrtsstaates stellt. Gerade Ehefrauen kommen heutzutage
97 immer seltener in ein Teilzeitbeschäftigungsverhältnis, da sie die Option einer ‚geringfügigen
98 Beschäftigung‘ (450€-Job) zunehmend vorziehen, da ein zweites Erwerbseinkommen in einer

99 Partnerschaft nach den Regeln der geltenden Steuerklassen im Verhältnis hohe steuerliche
100 Zusatzbelastungen sowie höhere Sozialbeitragszahlungen vermieden werden sollen – vor
101 diesem Hintergrund fordern die Jusos Hessen-Nord eine spürbare steuerliche Erleichterung von
102 Menschen die beide erwerbstätig in einer eingetragenen Partnerschaft leben sowie die
103 Abschaffung des diskriminierenden Ehegattensplittings!

104 Zwar stehen Teilzeitarbeit-ArbeitnehmerInnen in der Leistungsrelation gegenüber Vollzeit-
105 ArbeitnehmerInnen besser da, da sie für weniger eingezahlte Beiträge denselben sozialen
106 Leistungsanspruch besitzt, jedoch entspricht dies eben nur einer statistischen Arithmetik.
107 Teilzeitarbeit birgt stets und wachsend das Risiko, dass durch die geringen geleisteten
108 Rentenversicherungsbeiträge unzureichende Altersansprüche an die gesetzliche
109 Rentenversicherung bestehen und damit Altersarmut provoziert wird.

110 Ein weiterer Nachteil von Teilzeitarbeit stellt sich dar, wenn vormals nicht-erwerbstätige
111 Familienmitglieder eine Teilzeitstelle antreten, sind sie mit einem mal in vollem Umfang
112 beitragspflichtig, obwohl sich ihr Anspruchsniveau damit im Vergleich zu Vormals in keiner
113 Weise verbessern. Dies stellt aus Sicht der Jusos Hessen-Nord ein Hemmnis für den Wunsch
114 verheirateter Nicht-erwerbstätiger dar, eine Teilzeiterwerbstätigkeit anzustreben. Aus diesem
115 Grunde fordern wir eine Verbesserung des Leistungsanspruchs ab dem Moment der
116 Beitragszahlung im Falle vorheriger Nicht-Erwerbstätigkeit als Familienmitglied sowie eine
117 Senkung der steuerlichen Belastungen und Sozialabgaben für Menschen, die in eingetragenen
118 Partnerschaften leben!

119 Eine Angelegenheit, die aus unserer Sicht auf keinen Fall beim Status-Quo belassen werden
120 kann, ist die Situation der 450€-Jobber (geringfügig Beschäftigte). Diese können sich, sofern sie
121 nicht pflicht- oder familienversichert sind, oftmals keine Krankenversicherung leisten – dies ist
122 für eine derart prosperitäre Volkswirtschaft wie die der Bundesrepublik nicht akzeptabel!

123 Lediglich knapp 10% aller geringfügig Beschäftigten in Deutschland stockt freiwillig die
124 Sozialbeitragszahlung auf, um eigene Ansprüche gegenüber dem Wohlfahrtsstaat zu steigern.
125 Zwar ist die große Mehrheit der Mini-Jobber durch ein Familienversicherungsverhältnis
126 abgesichert – dennoch sind dies in Deutschland 20% aller geringfügig Beschäftigten nicht!

127 Gerade im Osten der Republik ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass der/die PartnerIn von
128 seiner-/ihrerseits geringfügig Beschäftigten selbst arbeitslos ist, als im Westen des Landes,
129 weshalb die so genannte „abgeleitete Absicherung“ (durch Lebenspartner) in den auf dem
130 Prinzip der Einkommensproportionalität aufbauenden Versicherungssystemen an ihre Grenzen
131 stoßen. Die Kosten für Arbeitslosigkeit und Rente muss dann steuerfinanziert über die
132 Solidargemeinschaft gezahlt werden. Auf diese Weise wird atypische Beschäftigung durch
133 den/die SteuerzahlerIn in einem hohen Maße subventioniert. Minijobs sind somit zum Nachteil
134 für die/den Angestellten sowie die gesamte Gesellschaft. Wir wollen daher die
135 sozialversicherungsbefreiten Minijobs abschaffen.

136 Aber auch an anderen Beispielen machen sich die Ungerechtigkeiten eines atypischen
137 Beschäftigungsverhältnisses deutlich. Im Falle der „Befristeten Beschäftigungsverhältnisse“
138 beispielsweise. Durch Befristung werden in einem Erwerbsverhältnis die Regelungen des
139 Elternzeitgesetzes unterlaufen. Es entfällt die Beschäftigungsgarantie und die Risiken der
140 Elternschaft werden in Gänze auf die Eltern (vor allem die Mütter) abgewälzt. Dies kann zum
141 Aufschub oder zum Verzicht auf Elternschaft führen!

142 Ein weiteres Problem im Kontext befristeter Beschäftigung ist, dass oftmals kein nahtloser
143 Übergang in Anschlussstätigkeiten stattfindet, da sich auf befristete Verhältnisse häufig eine
144 Erwerbsunterbrechung anschließt. Im Falle von Arbeitslosigkeit entsteht aber nur dann
145 Anspruch auf ALG I, wenn mindestens 12 Monate innerhalb der Rahmenfrist von zwei Jahren in
146 einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit gearbeitet wurde. Die unbegründete Befristung
147 schafft somit soziale Unsicherheit und Armutsfallen. Wir wollen sie daher abschaffen. Befristete
148 Arbeitsverhältnisse müssen zukünftige begründet werden.

149 Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Erwerbsarbeit ist in Deutschland seit Jahren
150 rückläufig – sie wurde in der Tendenz von Formen geringfügiger Beschäftigung ersetzt! Ferner
151 wächst auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Einkommen, die im familialen
152 Zusammenhang gerade ausreichen, um den Lebensstandard aufrechterhalten zu können. Aus
153 diesem Grund reichen die beitragsgedeckten sozialen Absicherungen in Fällen von
154 Arbeitslosigkeit oder Alter oft nicht mehr aus, um konkrete Armut zu vermeiden – Die

155 Überwälzung der Lasten auf die steuerfinanzierte Sozialhilfe bzw. ALGII oder die
156 bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter ist damit vorprogrammiert!
157 Ein Zustand, in dem eine erwerbstätige Person kontinuierlich Sozialbeiträge zahlt, sich aber
158 aufgrund von zu schlechter Bezahlung im Bereich der gesetzlichen Rente auf dem Niveau der
159 Grundsicherung befindet, für in jeder Hinsicht inakzeptabel und inhuman!
160 Wir fordern deshalb ein Hinwirken der SPD auf eine deutliche Steigerung der Reallöhne sowie
161 eine Rückkehr zur umlagefinanzierten Rentenversicherung unter Erhöhung der Beiträge bei
162 ausgleichender Verringerung der Lohnsteuer! Nur durch die deutliche Reduzierung von
163 atypischer Beschäftigung werden wir in einer zukünftigen Arbeitswelt in die Lage versetzt,
164 Arbeitszeit von Menschen reduzieren zu können.

165 166 **Datenschutz als Herausforderung**

167 Wir befinden uns in einer digitalisierten Wirtschaft und Gesellschaft. Riesige Mengen an Daten
168 werden gesammelt und ausgewertet. Die Daten machen uns als Konsument*innen und
169 Arbeitnehmer*innen und Bürger*innen immer gläserner. Durch gesammelte Daten erkennt man
170 die Produktivität von Angestellten sowie ihre Stärken und Schwächen. Die Daten können die
171 Position der Angestellten im System der Wirtschaft weiter schwächen. Auch hier muss die
172 Sozialdemokratie handeln. Wir wollen ein explizites Gesetz in dem der
173 ArbeitnehmerInnenschutz geregelt und damit garantiert wird. In einem solchen Gesetz ist
174 unter anderem zu verankern:
175- welche Daten zum Zweck der Beschäftigung erhoben und gespeichert werden dürfen
176- es untersagt das Ausspähen von Sozialräumen der Angestellten
177- unterbindet überwachende Videoaufzeichnungen vom Arbeitsplatz
178- unterbindet das Ausspähen von Telefonaten
179- unterbindet Erstellen von Profilen der Angestellten auf Basis von Internetdaten der Angestellten.
180 Datenschutz ist auch Schutz von Angestellten. Hier muss die Sozialdemokratie verstärkt
181 Position beziehen.

182 183 **Arbeit 4.0 ist eine Chance für die Sozialdemokratie**

184 Die Arbeitswelt steht vor einem großen Wandel. Diesen zu gestalten und dabei die Verhältnisse
185 der ArbeitnehmerInnen zu verbessern ist Aufgabe der Sozialdemokratie. Durch glaubwürdige
186 Antworten und Konzepte gegenüber den Risiken und Chancen der neuen Arbeitswelt, können
187 wir uns wieder als Partei der Arbeit und der ArbeiterInnen positionieren. Soziale Gerechtigkeit
188 beginnt mit guter Arbeit. Lasst uns die neuen Herausforderungen als Chance sehen und
189 Verbesserungen für die vielen arbeitenden Menschen erreichen.

190

191

192

193

194

195 **Begründung:**

196

197

198

199 angenommen

200 abgelehnt

201 überwiesen an

202

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

Antrag: A 2

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Wahlarbeitszeitgesetz

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die SPD möge sich für die Schaffung eines Wahlarbeitszeitgesetzes einsetzen. Wahlarbeitszeit
4 bedeutet, dass jede*r Beschäftigte eine individuelle Normalarbeitszeit zwischen 30 bis 40
5 Wochenstunden frei und ohne Angabe besonderer Gründe wählen kann. Die festgelegte
6 Arbeitszeit ist in der Folge für einen Zeitraum von zwei Jahren verbindlich und kann nur im
7 Einvernehmen beider Vertragsparteien geändert werden.

8
9 **Begründung:**

10
11 Eine zunehmende Ausdifferenzierung und Individualisierung von Lebensläufen und Arbeitswelt
12 ist offensichtlich. Daraus ergeben sich – gerade für die Generation in der Lebensmitte –
13 spürbar gestiegene Anforderungen und Wünsche an die zeitliche Verfügbarkeit am
14 Arbeitsplatz, in der Familie, in der Partnerschaft oder bürgerschaftlichem Engagement.
15 Progressive Politik sollte schlüssige Antworten auf diese Zeitkonflikte entwickeln und allen
16 Beschäftigten mehr Zeitsouveränität ermöglichen. Ein Wahlarbeitszeitgesetz würde eine flexible
17 und individuell gestaltbare Rahmenregelung darstellen, die die starren Vorgaben der bisherigen
18 Normalarbeitszeit ersetzt.

- 19
20 angenommen
21 abgelehnt
22 überwiesen an

23

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

<u>Antrag:</u>	A 4
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
<u>Adressat:</u>	SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
<u>Betr.:</u>	Lücken im Schutzbereich der Unternehmensmitbestimmung schließen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die SPD möge die Forderung des DGB, Unternehmensmitbestimmung auf Unternehmen
4 ausländischer Rechtsform mit Verwaltungssitz in Deutschland auszudehnen, umsetzen.

5

6 **Begründung:**

7 Die Rechtsprechung des EuGH zur Niederlassungsfreiheit sichert Unternehmen mit einer
8 Rechtsform aus einem anderen EU-Mitgliedsstaat zu, sich in Deutschland operativ zu
9 betätigen. Da die Arbeitnehmer_innenbeteiligung im Aufsichtsrat an den Regelungen am
10 Satzungssitz geknüpft ist, besteht in Deutschland die Möglichkeit einer allmählichen
11 Zurückdrängung der Mitbestimmung. Eine GmbH mit einem Satzungssitz in den Niederlanden
12 und einem Verwaltungssitz in Deutschland ist vom Mitbestimmungsgesetz etwa nicht betroffen.
13 Daher ist es konsequent, ein Mitbestimmungserstreckungsgesetz zu fordern.

14

15

16 angenommen

17 abgelehnt

18 überwiesen an

19

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda

Antrag: A 5

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Leiharbeiternehmer*innen bei Berechnung von ALG I besserstellen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die SPD soll eine Änderung des Sozialgesetzbuches III dahingehend anstreben, dass für die
4 Berechnung von Arbeitslosengeld I die Höhe etwaiger Lohnzahlungen des Verleihers in Zeiten
5 in denen der Leiharbeiternehmer nicht vermittelbar ist (Inaktivlohn) nicht berücksichtigt werden.
6 Eine Berücksichtigung dieser Löhne soll lediglich nur noch für die vom Gesetz geforderte
7 sozialversicherungspflichtige Mindestzeit von 12 Monaten Anwendung finden. Dies hat eine
8 Erhöhung der ALG I Bezüge von Leiharbeitnehmern zur Folge.

9
10 **Begründung:**

11
12 Der Status und die Behandlung von Leiharbeitnehmern ist in vielerlei Hinsicht fragwürdig: Sie
13 haben kaum Kündigungsschutz und verdienen in den aller meisten Fällen deutlich weniger als
14 festangestellte Arbeitskräfte, die genau die gleiche Arbeit verrichten. Umso mehr ist die Politik
15 gefragt zumindest die staatliche Unterstützung für diejenigen fairer zu gestalten, die bereits auf
16 dem Arbeitsmarkt benachteiligt wurden und dann in Arbeitslosigkeit fallen.

17
18 Ist ein Leiharbeiternehmer eine gewisse Zeit nicht vermittelbar, so bekommt er von seinem
19 Leiharbeitsunternehmen weiterhin Lohnzahlung. Dieser vom Verleiher gezahlte Inaktivlohn liegt
20 weit unter dem was ein Leiharbeiternehmer während aktiver Arbeitszeit bei einem Entleiher
21 verdient und drückt somit bei späterer Inanspruchnahme von ALG I die Höhe der Bezüge. Wir
22 fordern nun, solche Inaktiv Löhne der Höhe nach bei der Berechnung von ALG I nicht mehr zu
23 berücksichtigen.

24 Zur Erläuterung das folgende Beispiel einmal nach heutiger Gesetzeslage und einmal mit
25 unserer geforderten Änderung:

26
27 Innerhalb eines Jahres arbeitet Leiharbeiternehmer A insgesamt 9 Monate und verdiente
28 durchschnittlich 1700€ brutto im Monat. Weitere 3 Monate setzen sich aus Zeiten zusammen in
29 denen er nicht verliehen wurde. Für diese Zeiten erhielt er durchschnittlich 600€ Inaktivlohn pro
30 Monat. A ist ledig und hat keine Kinder. Die Berechnung (unter Beachtung der
31 Sozialversicherungspauschale, Lohnsteuer und des Solidaritätszuschlags) ergibt einen
32 Monatlichen ALG I Anspruch in Höhe von 563,70€

33
34 Würde man wie von uns gefordert bei der Berechnung den Inaktivlohn nicht berücksichtigen,
35 sodass sich das durchschnittliche Einkommen erhöht, so würde sich im gleichen Fall ein
36 monatlicher ALG I Anspruch in Höhe von 653,76€ ergeben.

37
38 Diese Veränderung ist mehr als überfällig. Arbeiter, die mindestens 12 Monate unter
39 Leiharbeitsbedingungen gearbeitet haben und dann in Arbeitslosigkeit fallen, müssen gute
40 Chancen haben sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dies gelingt umso besser, desto

41 geringer der finanzielle Druck ist. Insbesondere, da Leiharbeiter sowieso schon in etlicher
42 Hinsicht benachteiligt werden, ist es nicht sozial gerecht, dass ein niedriger Lohn dem
43 Arbeitnehmer später bei der sozialen Sicherung weiterhin Probleme bereitet.

44

45 angenommen

46 abgelehnt

47 überwiesen an

48

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: O 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bezirksvorstand

Betr.: Der Basis eine Stimme geben: Keine hauptamtlichen Mandatsträger*innen zum Konvent

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord möge beschließen, dass sich seine Delegation für den
4 Parteikonvent ausschließlich aus ehrenamtlich tätigen Genoss*innen zusammensetzt.
5 Hauptamtliche Mandatsträger*innen kommen nicht mehr als stimmberechtigte Delegierte zum
6 Parteikonvent in Frage.

7 Die Satzung des SPD-Bezirks muss entsprechend durch den BV überarbeitet und dem
8 nächsten Parteitag zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

9

10 **Begründung:**

11 Der Parteikonvent wurde mit dem ambitionierten Ziel geschaffen, die Parteibasis zwischen den
12 Bundesparteitagen in die inhaltliche und organisatorische Ausrichtung der Partei
13 einzubeziehen. Der Blick auf die jeweilige Zusammensetzung zeigt jedoch, dass die
14 Schnittmenge erheblich war und beim Konvent ebenso wie beim Parteitag hauptamtliche
15 Mandatsträger*innen überproportional berücksichtigt waren. Die politische Konsequenz daraus
16 wurde im vergangenen Jahr deutlich, als die Parteiführung die Debatte zur
17 Vorratsdatenspeicherung zu einer persönlichen Schicksalsfrage stilisierte – was legitim
18 gewesen wäre, wäre sie damit tatsächlich den ehrenamtlichen Repräsentant*innen ihrer Basis
19 gegenüber getreten.

20 So aber befanden sich diverse Abgeordnete in einer enormen Drucksituation zwischen den
21 Erwartungen der Parteispitze, mit der die eigene Zukunft mehr oder weniger verknüpft ist, und
22 dem Votum der Parteigliederungen, die zu vertreten ihre eigentliche Aufgabe war. In der
23 nordhessischen wie auch in den meisten anderen Delegationen stimmten daher viele
24 hauptamtlichen Mandatsträger*innen explizit gegen die nur wenige Wochen zuvor errungenen
25 Beschlusslagen ihrer Bezirke oder Landesverbände.

26 Wir wollen, dass diese Beschlusslagen wieder ernst genommen werden, dass „die Basis“ auch
27 auf der Bundesebene eine wirkliche Stimme bekommt. Dies gelingt nur, wenn wir die
28 hauptamtlichen Mandatsträger*innen aus dieser Verantwortungsabwägung befreien und
29 Ehrenamtlichen die Vertretung unseres Bezirks auf dem Konvent anvertrauen.

30

31

32

- 33 angenommen
34 abgelehnt
35 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

Antrag: O 4

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz,
SPD-Landesparteitag, Juso-Bundeskongress,
SPD-Bundesparteitag

Betr.: Keine Spenden von wehrtechnischer Industrie

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Wir fordern die SPD auf, zukünftig keine Spenden von Waffenherstellenden Unternehmen und
4 Unternehmen anzunehmen, die nicht im Einklang mit den Werten der SPD stehen. Wir fordern
5 die SPD auf, dieses auch als ein Ziel bei einer zukünftigen Regierungsbeteiligung gegenüber
6 anderen Parteien durchzusetzen.

7
8 **Begründung:**

9 Wir verstehen uns als Sozialdemokraten im Einklang mit dem Hamburger Programm der SPD.
10 Punkt 9 aus dem Hamburger Programm besagt: "Die Sozialdemokratie ist sich der
11 gewachsenen Verantwortung Deutschlands für den Frieden in der Welt bewusst. Wir nehmen
12 diese internationale Rolle aktiv an. Die SPD ist Friedenskraft in Deutschland und Europa.
13 Jegliche Form von Angriffs- und Präventivkriegen lehnen wir ab. Krieg darf kein Mittel der
14 Politik sein."
15 Mit Blick auf wachsende Exportzahlen im Waffenbereich und mit einem SPD-Minister im
16 zuständigen Ressort, der die Exporte genehmigen muss, darf sich die SPD nicht in eine
17 Position begeben, in der der Vorwurf aufkommen könnte, dass Politik durch Spenden
18 beeinflusst werden kann. Auch darf nicht der Eindruck entstehen, dass sich Waffenhersteller in
19 sozialdemokratische Politik einkaufen können. Durch einen klaren Hebel und eine Trennung
20 besteht hier die Möglichkeit, Glaubwürdigkeit zu wahren bzw. auszubauen und ein Zeichen
21 dafür zu setzen, dass wir für die sozialdemokratischen Werte des Hamburger Programms
22 eintreten.

23
24 angenommen
25 abgelehnt
26 überwiesen an
27

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda

<u>Antrag:</u>	O 5
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
<u>Adressat:</u>	Juso-Bezirksvorstand
<u>Betr.:</u>	Jusos bunter machen - Aktionsprogramm zur Attraktivität des Juso-Verbandes

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Der Vorwurf, Jusos seien in ihrer Mehrheit männliche Studierende der Politikwissenschaft mit
4 deutschem Pass ist ein Stereotyp, der zu häufig der Wirklichkeit entspricht. Debatten verlaufen
5 auf vielen Ebenen zu akademisch. Vorstände und Delegationen kämpfen wiederholt mit der
6 Erfüllung der Frauenquote. Juso-Gruppen bilden in vielen Kommunen und Unterbezirken in
7 ihren Mitgliedern nicht die gesamte junge Gesellschaft ab. Das ist ein Problem mit mehreren
8 Konsequenzen: Einerseits fällt es einer weitestgehend homogenen Gruppe schwer
9 unterschiedliche Lebensentwürfe in allen Diskussionen mitzudenken. Andererseits trägt eine
10 derart homogene Gruppe die Gefahr in sich, für Menschen mit anderen Merkmalen nicht
11 übermäßig attraktiv zu wirken. Beide Tendenzen verstärken einander.

12
13 Diesem Problem wollen wir uns stellen. Unser Ziel ist es, den Juso-Verband im UB Marburg-
14 Biedenkopf bunter zu machen. Das heißt, wir wollen attraktiver werden für Menschen, die nicht
15 dem oben genannten Stereotyp entsprechen. Wir wollen attraktiv sein für alle Geschlechter, für
16 alle Lebensentwürfe und -wege. Wir wollen das warme Zuhause für alle jungen Menschen mit
17 linken Überzeugungen sein. Dieses Papier soll dafür eine Grundlage bilden. Es soll als
18 Thesenpapier dienen und zum Diskutieren anregen. Am Ende einer möglichst breit geführten
19 Debatte sollen konkrete Maßnahmen stehen, die für diesen und andere Unterbezirke
20 anwendbar sind.

21
22 **Innerverbandliche Strukturen hinterfragen und Missstände offen ansprechen**

23 Welche Art von Debatten wollen wir? In welcher Weise kann eine Diskussionskultur Einfluss
24 auf die Offenheit des Verbandes gegenüber Neumitgliedern haben?

25 Wie vermeiden wir den Eindruck, es handle sich mehr um Machtkämpfe als um inhaltlichen
26 Austausch? Wie stellen wir einen größtmöglichen Konsens her?

27 An welcher Stelle können feste Quoten helfen Unterrepräsentanzen einzudämmen? Ist
28 beispielsweise eine Geschlechterquote ein Mittel zur Steigerung der Akzeptanz von Quoten?

29 Kann die Einführung eines regelmäßigen anonymen Feedbacks zum Beispiel über eine
30 Feedback-Box die Qualität von Sitzungen steigern und bei der Benennung von Problemen
31 helfen?

32
33 In welcher Weise kann die Auswahl von Themen demokratisiert werden? Wie lässt sich
34 größtmögliche Transparenz und Fairness sicherstellen?

35 Wie können wir sicherstellen, dass die Erwartungen an unsere Mitglieder in verantwortlichen
36 Positionen nicht übertrieben, sondern mit unseren Ansprüchen an gute Arbeit vereinbar sind?

37 Wie können wir Teilhabe für Menschen mit unterschiedlichen zeitlichen Möglichkeiten
38 sicherstellen? Wie können wir also Eltern, berufstätige oder in anderen Vereinen engagierte
39 Menschen mit nur wenig Zeit für sie und den Verband sinnvoll einbinden?

40 In welcher Weise haben Sitzungszeiten Einfluss auf eine möglichst große Teilnahme?

41 Kann eine Umfrage unter Mitgliedern einen wertvollen Beitrag zur Identifizierung von
42 Missständen leisten?
43 Kann ein Awareness Team vermittelnd wirken und Debatten entschärfen?
44 Wie können wir diese Form der Selbstreflexion verstetigen?
45 Wie können wir Fragen von Diskriminierung in allen Teilen des Verbandslebens ansprechbar
46 machen? Wie kann dieser lila Faden konkret aussehen?
47 Wie können wir die Vernetzung von Frauen, Migrant*innen, Schüler*innen, Azubis und weiteren
48 unterrepräsentierten Gruppen innerhalb des Verbandes stärken?
49 Wie können Einladungen möglichst ansprechend gestaltet werden? Wann ist der ideale
50 Zeitpunkt, was die ideale Plattform und welche die ideale Ansprache? Können gemeinsame
51 Mindeststandards für Einladungen vereinbart werden?
52 Wie können wir einen Austausch mit anderen Juso-nahen Gruppen verstetigen?
53

54 **Innerverbandliche Bildungsarbeit stärken**

55 Wie können mehr Jusos von Bildungsangeboten profitieren?
56 Wie kann eine Bildungsk Kooperation mit anderen Ebenen der Jusos, der SPD, der FES, des
57 DGB und anderer uns nahestehenden Organisationen aussehen?
58 Wie können wir den Zugang zu Praktika in der Politik für unsere Mitglieder verbessern?
59 Kann ein Mentoring-Programm für alle Neumitglieder erfolgreich sein? Wie kann das
60 aussehen?
61 Wie können wir die Vernetzung innerhalb der Jusos vor Ort, im Bezirk und innerhalb der Partei
62 stärken?
63

64 **Gesellschaftliche Debatten im Verband abbilden**

65 Wie stellen wir sicher, dass wir regelmäßig klare und öffentlich vernehmbare Positionierungen
66 vornehmen und gleichzeitig ein auf breibestmöglichem Konsens basierter Verband vor Ort
67 bleiben?
68 Welche Aspekte der Gleichstellungspolitik sind für uns besonders wichtig?
69 Wie lässt sich die Vereinbarkeit von Beruf, Ehrenamt und Familie innerverbandlich verbessern?
70 Wie lässt sich die Vereinbarkeit von Studium/Ausbildung/Schule und Ehrenamt
71 innerverbandlich verbessern?
72 Wie können wir Themen bei uns vorbildhaft umsetzen, in der Partei durchsetzen und
73 gesellschaftlich bewerben?
74 An welchen Stellen ist ein parteikritischer Impetus vorteilhaft, an welchen Stellen schädlich?
75

76 **Aktive Mitgliederwerbung betreiben**

77 Auf welche Weise kann Werbung für jede einzelne Sitzung und Aktion die größte Reichweite
78 erhalten?
79 Wie können wir die Mitgliedschaft in unserem Verband effektiv bewerben?
80 Wie kann gezielte Werbung, z.B. das Ansprechen von Frauen auf Lady's Nights, das Verteilen
81 von Flyern in Bars, vor Schulen oder bei Ersti-Wochen, aussehen, ohne, dass sie peinlich wird?
82 Wie können wir Netzwerke zu typischen Arbeiter*innen-Organisationen wie z.B. Arbeiterkind
83 aufbauen?
84
85 Wie können wir das Interesse unserer privaten Freund*innen an den JUSOS wecken?
86 Wie kann selbstbewusste Werbung für die Jusos aussehen? Was läuft bei uns gut? Wofür sind
87 wir wichtig? Was kann man durch uns verändern? Wie können wir die vielfältigen, auch
88 freizeithen, Aktivitäten bewerben um zu zeigen, dass bei uns mehr passiert als sterile Politik?
89 Welche Tipps können Best Practice-Beispiele anderer Juso-Gruppierungen einbringen?
90 Wie können wir die Prominenz unserer Mandatsträger*innen für unsere Zwecke nutzen?
91 An welchen Stellen kann es besonders sinnvoll sein Unterschiede zu anderen Parteien deutlich
92 zu machen?
93

94 **Begründung:**

95 Erfolgt mündlich.

96

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

<u>Antrag:</u>	Initiativantrag 1
<u>Antragsteller:</u>	Ausreichende Anzahl von Delegierten
<u>Adressat:</u>	Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag
<u>Betr.:</u>	Neuregelung der Welt(finanz-)wirtschaft

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Seit einigen Wochen schwelt die Affäre um die Panama-Papers und hat mit aller Härte deutlich
4 gemacht, dass Steuerhinterziehung in großem wie im kleinen Stil offenbar ein weit verbreitetes
5 Phänomen unter den „Eliten“ dieser Welt ist. Was die Folgen von massiver Steuerhinterziehung
6 und Betrug für Staaten und deren Bevölkerungen darstellen, muss hier nicht weiter ausgeführt
7 werden. Sehr wohl aber die Annahme, dass Panama kein Einzelfall sein wird – nur gibt es
8 andernorts noch keine Leaks in dieser immensen Höhe. Aufgrund dessen ist es für die Zukunft
9 aber dringend notwendig, Änderungen im Kapitalgeschäft weltweit vorzunehmen. Während
10 WhistleblowerInnen gesondert geschützt werden müssten, ist es eigentlich die originäre
11 Aufgabe der Staaten und Staatengemeinschaften, solch ein Handeln zu unterbinden und zu
12 untersuchen.

13
14 **Finanztransaktionssteuer – Dem uneingeschränkten Geldtransfer einen Riegel**
15 **vorschieben**

16 Deswegen fordern wir als Erstes, die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer
17 mit der klaren Absicht, auch weltweit für eine solche zu kämpfen. Nach der weltweiten
18 Finanzkrise lässt eine Implementierung der Steuer noch immer auf sich warten und muss
19 unbedingt umgesetzt werden, vor Allem weil sie das massenhafte Überweisen von
20 Kleinbeträgen unrentabel macht. Es ist für die Zukunft einer gerechten Finanzwirtschaft
21 unumgänglich, es unmöglich zu machen, mit Geld einfach durch verschieben in andere
22 Finanzräume Geld zu generieren, welches in der Realwirtschaft keinen Gegenwert besitzt und
23 damit zu weiteren, aufgeblähten Systemen und Krisen führen kann.

24
25 **Anonymisierte Erfassung von großen Beträgen**

26 Zweitens fordern wir die Einführung einer anonymisierten Erfassung von großen
27 Überweisungen, die über die Landesgrenzen gehen, unter klaren Datenschutzrichtlinien. Das
28 Finanzamt muss aber in die Lage gebracht werden, nachzuvollziehen ob gewisse
29 Überweisungen genauere Überprüfungen benötigen. Dies kann ebenfalls mit der
30 Finanztransaktionssteuer eingeführt werden, da die Staaten ab sofort Einnahmen durch alle
31 Überweisungen erhalten würden. Sollte ein Verdacht bestehen, dass die Mittel zum
32 Ausweichen des Fiskus verschoben werden, so soll in Zukunft per richterlichem Beschluss eine
33 volle, nun nicht mehr anonymisierte, auf rechtsstaatlichen Mitteln fußende Untersuchung
34 starten. Der Staat muss die Möglichkeiten besitzen, Vergehen im Steuerrecht auch über die
35 See verfolgen und untersuchen zu können, anstatt sich auf Datenkäufe oder
36 WhistleblowerInnen zu verlassen. Allein der Fakt, dass solche Vergehen zu sehr großen Teilen
37 nur mit Hilfe derer aufgeklärt werden, beschreibt einen Fehler in der Strafverfolgung.

38
39 **Steuern hinterziehen ist kein Kavaliersdelikt – Freikauf unmöglich machen**

40 Zwar wird begründet, dass durch die Selbstanzeigen mehr Aufklärungen in Bezug auf
41 Steuerhinterziehung möglich wären, die Strafmilderung oder -aufhebung mit sich bringt.

42 Meistens steigen aber die Selbstanzeigen nur dann, wenn wieder Informationen in großem
43 Maße erhandelt worden sind und die tatsächliche Gefahr, erwischt zu werden, besonders
44 steigt. Doch wer in Kauf nimmt, für den eigenen Vorteil der gesamten Gesellschaft zu schaden,
45 sollte nicht die Möglichkeit bekommen, glimpflich davon zu kommen. Das Finanzministerium in
46 NRW hatte bereits im Jahre 2013 zusammen mit den dafür zuständigem EU-Kommissar
47 festgestellt, dass Unternehmen und Privatleute jedes Jahr den Staat um etwa 160 Mrd. Euro
48 „kosten“ bzw. an der Steuer vorbei schleusen. Um dies zu verhindern, fordern wir, die
49 Strafminderung von SteuerhinterzieherInnen aufzuheben und gleichzeitig den ErmittlerInnen
50 die Möglichkeit zu geben, Informationen anzukaufen, um diese Vergehen aufzuklären und zur
51 Anklage zu bringen.

52

53 **Nieder mit dem kapitalistischen Paradigma**

54 Im Zuge des Panama-Skandals, der nicht nur ein Datenvolumen von 2.7 TB an geleakten
55 Dokumenten aufzeigte, sondern auch noch prominente Personen in so gut wie jedem Land
56 dieser Erde aufführt, ist eine weitere Sache unumgänglich: Ein Umdenken in unserem
57 Wirtschaftssystem.

58

59 **a) Abschaffung der Gewinngenerierung durch Leerverkäufe**

60 Erste Forderung in diesem Sinne ist die Abschaffung von Leerverkäufen. Geld ist eine
61 durch den Menschen eingeführte „Ressource“, die als Tauschmittel bzw. Gegenwert für
62 eine real existierende Ressource (wie z.B. Arbeitskraft, Bodenschätze, Energie ...)
63 eingeführt wurde, um das Handeln zu erleichtern und zu ermöglichen. Das Konzept,
64 Geld aus dem „Nichts“ zu schaffen, ist für das Finanzsystem schädlich und hat
65 schwerwiegende Folgen für die gesamte Wirtschaft.

66

67 **b) Unterbindung von Spekulationen und Wetten auf lebensnotwendige**

68 **Wirtschaftsgüter**

69 Eines der größten finanzwirtschaftlichen Unterfangen der letzten Jahrzehnte und vor
70 allem seit der Entfesselung der amerikanischen Börse unter Clinton in den 1990er
71 Jahren ist die Möglichkeit, auf alle möglichen, wirtschaftlich relevanten Faktoren zu
72 spekulieren. Spekulationen und Wetten auf bestimmte Wirtschaftsgüter, wie z.B.
73 Lebensmittel, gefährden die Existenz vieler Menschen! Das zeigte sich vor allem bei den
74 Lebensmittelspekulationen in den 2011er/12er Jahren in Mexiko, die zu erhöhten
75 Maispreisen und damit zu Lebensmittelknappheit vor Ort führten. Hier muss die
76 internationale Staatengemeinschaft Wege finden, solche Spekulationen und Wetten zu
77 unterbinden (z.B. durch Preisbarrieren).

78

79 → **Ein neues Paradigma**

80 Neben der klaren Wirkung auf die aktuelle Finanzwirtschaft, muss aber auch gefragt werden:
81 Wohin als Nächstes? Durch verschiedene Änderungen in der Lebens- und Arbeitswirklichkeit,
82 die zum Teil durch die Entwicklungen in der digitalen Wirtschaft, aber auch durch den
83 veränderten Bedarf und die verschiedensten Innovationen entstehen, ändern sich eben auch
84 die Bedürfnisse der Gesellschaft und der Menschen. In Zukunft muss auch der Fokus der
85 Wirtschaft weg von der Maxime des endlosen Wachstums, hin zur Maxime der an Menschen
86 gerichteten Nachhaltigkeit gehen. Dabei stehen Umverteilung in einem sinnvollen Maß,
87 gerechte Arbeits-, Renten- und Sozialverhältnisse im Mittelpunkt. Deswegen fordern wir, die
88 Entwicklung einer sozialdemokratischen, solidarischen Wirtschaftspolitik und den Einsatz der
89 Umsetzung dieser.

90

91

92 **Begründung:**

93 Erfolgt mündlich!

94

95 angenommen

96 abgelehnt

97 überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda

Antrag: IN 1

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz,
SPD-Landesparteitag, Juso-Bundeskongress,
SPD-Bundesparteitag

Betr.: Freie Nachrichten in Polen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Wir fordern die SPD auf die Mittel auf Bundes und Landesebene freizustellen um unabhängige
4 und freie Medienzugang innerhalb Polens zu ermöglichen. Hierfür sollen die öffentlich-
5 rechtlichen Medien eine Plattform für polnische Journalisten realisieren.

6
7 **Begründung:**

8 Wir Jusos beobachten den Rechtsruck in Polen mit größter Sorge und befürchten, dass eine
9 Gleichschaltung der dortigen Medien innerhalb der nahen Zukunft erfolgen wird. Wir wollen als
10 Sozialdemokraten gegen die Nationalisierung der Europäischen Politik vorgehen, die
11 Einrichtung und Sicherung des Zugangs zu unabhängigen Medien ist ein wichtiger Schritt um
12 dies zu sichern. Wir dürfen nicht zuschauen während in einem Land dass schon so oft für
13 demokratische Mechanismen zurückgeschraubt werden. Um gegen antidemokratisches
14 Vorgehen vorzugehen müssen wir demokratische Bestrebungen unterstützen, lasst es uns
15 anpacken, für freie Medien in Polen und für mehr Demokratie in Europa.

- 16
17 angenommen
18 abgelehnt
19 überwiesen an

20